



Ausschuss für Schule und Bildung

61. Sitzung (öffentlich)

8. Oktober 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:02 Uhr bis 16:01 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkt:

**Zukunftsweisend, lebensnah und innovativ: Erlernen von Wirtschafts-
und Finanzkompetenz in der Schule neu ausrichten**

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9471

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Zukunftsweisend, lebensnah und innovativ: Erlernen von Wirtschafts- und Finanzkompetenz in der Schule neu ausrichten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9471

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Vorsitzender Florian Braun: Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung.

Auf der Tagesordnung steht eine Anhörung von Sachverständigen. Wir dürfen zahlreiche Sachverständige hier begrüßen. Sie haben uns im Vorfeld freundlicherweise schon Stellungnahmen zu dem heutigen Thema zukommen lassen.

Sehr geehrte Sachverständige, Sie dürfen davon ausgehen, dass die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten diese Stellungnahmen vorab studiert haben und sie uns als Grundlage für den weiteren Austausch dienen.

Zum Verfahren. Wir sammeln gleich Fragen von den Fraktionen, wobei jede Fraktion eine Frage stellt. Dabei wird kundgetan, an wen sich die jeweilige Frage richtet. Ich bitte Sie höflich darum, sich zu notieren oder zumindest gedanklich festzuhalten, welche Fragen sich an Sie richten.

In der Antwortrunde gehen wir einmal durch das Rund und Sie antworten in möglichst maximal 3 Minuten pro Person, damit alle einen gleich großen Redeanteil haben.

Eine Sachverständige, Frau Mistler, ist leider erkrankt und damit für heute entschuldigt. Außerdem hat die AfD Fraktion für heute abgesagt.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, ich bedanke mich erst einmal ganz herzlich dafür, dass Sie heute hier sind, für die eingereichten Stellungnahmen sowie für die digitale Zuschaltung von Frau Professor Zurstrassen. Ich freue mich sehr, dass wir Ihre Expertise zur ökonomischen Bildung heute einholen.

Meine erste Frage richte ich an Sie alle. Wie sehen Sie den Stand der ökonomischen Bildung nach den Reformen im Jahr 2019 für die Sekundarstufe I im Gymnasium und 2020 für die Realschule? Wie gelingt die Umsetzung in der schulischen Realität? Was sind gegebenenfalls Hürden dabei? Ich bitte Sie also sozusagen um ein Resümee dessen, was sich nach den Reformen geändert hat.

Kirsten Stich (SPD): Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls sehr herzlich für Ihre schriftlichen Stellungnahmen.

Meine erste Frage richte ich an alle. Inwiefern hat aus Ihrer Sicht die Einführung des Fachs Wirtschaft-Politik zu einer Reduzierung der politischen und sozialwissenschaftlichen Bildung von Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen geführt?

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, auch im Namen von Bündnis 90/Die Grünen danke ich Ihnen herzlich für die eingegangenen Stellungnahmen.

Auch ich habe eine Frage an alle, die ähnlich wie die von Frau Müller-Rech lautet. Ich weite sie jedoch auf die Stärkung der ökonomischen Bildung aus. Inwiefern würde eine anteilmäßige Stärkung der ökonomischen Bildung an Schulen in Nordrhein-Westfalen befürwortet werden?

Bianca Winkelmann (CDU): Zunächst danke ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion herzlich, dass Sie sich die Zeit für die heutige Anhörung genommen haben, damit wir gemeinsam über das Thema sprechen können.

Mit der Einführung des Fachs Wirtschaft im jetzigen Sinn im Jahr 2020/2021 ist ein wichtiger Schritt gelungen. Das ist auch aus all Ihren Stellungnahmen hervorgegangen.

Meine Frage richte ich ebenfalls an alle Sachverständigen. Frau Mistler vom Philologenverband ist heute leider erkrankt. In Ihrer Stellungnahme führt sie aus, eine isolierte Betrachtung der ökonomischen Bildung in einem separaten Fach Wirtschaft sei nicht zielführend. Wie sehen Sie das? Plädieren Sie für ein isoliertes Fach oder dafür, wie es im Moment geregelt ist, also angegliedert an verschiedene andere Bereiche?

Prof. Dr. Tim Engartner (Universität zu Köln): Es waren drei Minuten für die Beantwortung insgesamt und nicht pro Frage vorgesehen, richtig?

Vorsitzender Florian Braun: Richtig, nach Möglichkeit insgesamt drei Minuten für die Antwort, aber ich sehe das nicht auf die Sekunde genau. Nehmen Sie sich also erst einmal die Zeit, die Sie brauchen.

Prof. Dr. Tim Engartner (Universität zu Köln): Da ich mich dem Grundsatz Gleichbehandlung verpflichtet fühle, werde ich versuchen, mich an den drei Minuten zu orientieren, um die vier ebenso interessanten wie relevanten Fragen zu beantworten.

Es lässt sich feststellen, dass die ökonomische Bildung mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 und der Umbenennung des Fachs in Wirtschaft-Politik schon eine Aufwertung erfahren hat. Das war keine rein kosmetische Korrektur im Sinne der Änderung der Fächerbezeichnung, sondern auch auf der curricularen Ebene eine Akzentuierung von Inhalten.

Bezugnehmend auf die Frage nach der Inthronisierung der ökonomischen Bildung und Entthronung der politischen und gesellschaftlichen Bildung muss man insofern leider konstatieren, dass eine paradigmatische Verschiebung zugunsten der ökonomischen Bildung stattgefunden hat.

Falls Sie mir keinen Glauben schenken, können Sie das der aktuellen OeBiX-Studie entnehmen. Im bundesweiten Vergleich steht Nordrhein-Westfalen besonders positiv da. Es heißt dort wörtlich:

„Während in fünf Bundesländern in den nicht-gymnasialen Schulformen Ökonomische Bildung mit zumindest mehr als 150 Stunden unterrichtet wird, überschreitet in der gymnasialen Sekundarstufe I derzeit nur Nordrhein-Westfalen diese Marke von 150 Stunden.“

Mit anderen Worten: Es ist um die ökonomische Bildung extrem gut bestellt.

Ich halte die sozialwissenschaftlich-integrative Lösung, die wir konzertiert mit anderen Bundesländern, die erfolgreich ökonomische Bildung betreiben, umsetzen, für zielführend und rate angesichts der begrenzten Stundentafel und als studierter Wirtschaftswissenschaftler davon ab, ein separates oder Partikularfach Wirtschaft einzuführen. Es kann nicht für jede Disziplin ein eigenständiges Unterrichtsfach geben. Das würde die Stundentafel atomisieren und den Anteil fachfremd erteilten Unterrichts massiv ausweiten, weil es keine spezifisch ausgebildeten Lehrkräfte gibt.

Im Antrag ist zurecht und sehr plausibel dargelegt, der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts im heute thematisierten Unterrichtsfach sei schon jetzt extrem hoch. Es darf keine Verschärfung bei der zielspezifischen Ausführung der Unterrichtsstunden geben.

Zu guter Letzt führe ich an, dass Deutschland in der im letzten Monat veröffentlichten Studie der Österreichischen Nationalbank im Bereich des finanziellen Wissens, also der finanziellen Literalität – financial literacy im angloamerikanischen Sprachraum –, mit 76 von 100 zu erreichenden Punkten noch vor Österreich auf Platz eins gelandet ist. Wir sind also unter den 40 Staaten, in denen die Umfrage durchgeführt worden ist – im Übrigen basierend auf OECD-Daten, also belastbaren Daten und nicht von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen im Elfenbeinturm handgestrickt – Weltmeister in der finanziellen Bildung.

Abschließend sei gesagt, dass es keine empirische Evidenz dafür gibt, dass ökonomische Bildung wichtiger ist als technische, rechtliche, soziologische oder kommunikative Bildung sowie Bildung im Informatikbereich. Man könnte 86 Schulfächer anführen – angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit erspare ich Ihnen die Anführung aller 86 Fächer –, für die man ebenfalls eine eigenständige Abbildung auf der Stundentafel verlangen könnte. Angesichts der begrenzten auf den Stundentafeln zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit ist einer weiteren Expansion ökonomischer Bildung in keiner Weise das Wort zu reden, da sich keine empirische Evidenz für eine Unterrepräsentation ökonomischer Themen und Inhalte erkennen lässt.

Elias Bala (Landesschüler*innenvertretung NRW): Zum Stand der ökonomischen Bildung nach den Reformen. Es steht auf jeden Fall fest, dass sie ausgeweitet wurde und in breitem Umfang stattfindet. Es stellt sich natürlich die Frage nach den Inhalten und inwiefern diese plural dargestellt werden. Grundsätzlich hat es aber eine Stärkung gegeben, und zwar leider zulasten der politischen Bildung. Aktuelle politische Themen werden im Unterricht zu wenig besprochen. Das führt dazu, dass bei Schüler*innen vorhandenem Gesprächsbedarf nicht nachgekommen werden kann. Den Schüler*innen gefällt das nicht.

Dementsprechend ist eine anteilmäßige Steigerung der ökonomischen Bildung zu lasten anderer Fächer kritisch zu sehen, weil es eine begrenzte Stundenanzahl gibt. Wir lehnen eine Steigerung ab.

Ökonomische Bildung als separates Fach einzurichten, halten wir als Landeschüler*innenvertretung nicht für sinnvoll, und zwar erstens aus Zeitgründen und zweitens, weil Wirtschaft immer in einem politischen Sachzusammenhang gesehen werden sollte. Das könnte dem zum Nachteil gereichen.

Ansonsten kann ich vielem von meinem Vorredner Gesagten zustimmen, weshalb ich meine Antwort etwas kürzer halte.

Timm Helten-Hildwein (unternehmer nrw): Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir uns sehr dafür stark gemacht haben, dass ein Fach Wirtschaft eingeführt wird. Gerade in Verbindung mit politischen Themen ist das eine sehr wichtige Sache.

Zur Effektivität der Maßnahmen kann ich nicht viel sagen. Mein erster Hinweis lautet, dass man auch evaluieren sollte, wie die schulischen Maßnahmen bisher gelaufen sind. Ich weiß nicht, ob das gemacht wird. Daran anschließend kann man über den im Antrag der FDP enthaltenen Vorschlag, ein Abiturfach und Leistungsfach einzurichten, nachdenken.

Wir sehen auf jeden Fall noch Entwicklungsbedarf, denn seitdem ist viel passiert. Wirtschaft spielt eine noch wichtigere Rolle. Auch aus unserer Sicht sollte das Thema interdisziplinär und fächerübergreifend behandelt werden. Die ökonomische Bildung sollte auch mit der beruflichen Orientierung und der Bildung im MINT-Bereich verbunden werden.

Auf den aus unserer Sicht bestehenden weiteren Entwicklungsbedarf geht meine Kollegin nun noch näher ein.

Heike Hunecke (unternehmer nrw): Ich greife die sehr schönen Leitgedanken des Antrags auf – zukunftsweisend, lebensnah, innovativ – und beginne mit dem Begriff „lebensnah“. Das bejahen wir ausdrücklich. Ehrlich gesagt vermischen wir im vorhandenen Wirtschaft-Politik-Unterricht eine stärkere Lebensweltorientierung. Statt Jugendliche mit langfristiger Vermögensbildung zu konfrontieren, sollte aus unserer Sicht zum Beispiel digitale Transformation stärker im Vordergrund stehen. Seit der Einführung des Fachs Wirtschaft-Politik hat sich in der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Arbeitswelt diesbezüglich einiges getan. Es ist dringend notwendig, im Sinne der Chancengerechtigkeit in allen Schulformen gleichermaßen einen Zugang dazu zu verschaffen, damit junge Menschen verstehen, dass Wertschöpfungsprozesse und private Geldflüsse digitaler werden. Welche Kenntnisse, welche Fertigkeiten benötigen junge Menschen in allen Schulformen, um mit dieser Transformation adäquat umgehen zu können?

Wie mein Kollege schon erwähnte, ist es kein Geheimnis, dass sich unternehmer nrw vor Jahren eher für die Einführung eines eigenen Fachs Wirtschaft eingesetzt hat. In

den vergangenen Jahren haben wir aber feststellen dürfen, dass wir es insbesondere mit Blick auf die politischen Entwicklungen auf der gesellschaftlichen Ebene für absolut notwendig halten, Demokratieförderung und ökonomische Bildung vernetzter zu betrachten. Es kann nicht sein, dass nach den Landtagswahlen in Thüringen oder Sachsen am Montagmorgen im Fach Wirtschaft-Politik oder Sozialwissenschaften nicht über die Wahlergebnisse gesprochen wird. Es kann auch nicht sein, dass junge Menschen nicht die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien kennen und wissen, was dort zur Wirtschaft enthalten ist. Was planen die Parteien? Was bedeutet es für die Wirtschaft, wenn Parteien Remigration fordern?

„Zukunftsweisend“ finden wir gut, und „lebensnah“ würden wir sofort unterschreiben. Die Innovation sehen wir darin, dass wir im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren vor allem die Vernetzung von Aspekten in den Vordergrund rücken möchten. Verstärkten Handlungsbedarf sehen wir dahin gehend, dass sich Lehrkräfte in die Lage versetzt fühlen, diesen sehr anspruchsvollen Bedingungen gerecht zu werden. Lehrkräfte müssen in der Lage sein, junge Menschen dabei zu unterstützen, Arbeitnehmer, Unternehmer und mündige Verbraucher zu werden. Aus unserer Sicht ist da noch ein bisschen mehr Rüstzeug notwendig.

Verena von Hugo (Flossbach von Storch Stiftung): Erst einmal finde ich es großartig, dass sich der Landtag Nordrhein-Westfalen und der Ausschuss für Schule und Bildung mit dem Thema „ökonomische Bildung“ beschäftigt. Auch großartig finde ich, dass Nordrhein-Westfalen vor einigen Jahren schon Bemühungen unternommen hat und diese sich auch dokumentieren lassen. Es ist also tatsächlich besser bestellt um die ökonomische Bildung in Nordrhein-Westfalen.

Warum beschäftigen wir uns eigentlich mit dem Thema? Es handelt sich um eine Schlüsselkompetenz, die junge Menschen, eigentlich alle Menschen für mehr Mündigkeit und ein sicheres Lebensgefühl in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht brauchen, um ihr Leben gut zu bewältigen.

Derzeit fühlen sich junge Menschen diesbezüglich noch stark alleingelassen. Aus Studien, empirischer Forschung und Projekten wissen wir, dass sie sagen, dass bei ihnen von Wirtschafts- und Finanzbildung nicht viel ankommt.

Was hat sich in der Vergangenheit getan? Es ist eine Stunde zugeschlagen worden. Schwerpunktthemen wie die soziale Marktwirtschaft sind besser curricular, in den Kernlehrplänen verankert.

Zur OeBiX-Studie. Ziel wäre die Etablierung als kleines Nebenfach. Zentral sind die Hauptfächer Mathematik, Deutsch und Englisch. Danach kommen die wichtigen Nebenfächer wie Sprachen und Naturwissenschaften und anschließend der allgemeinbildende Bereich mit Kunst, Musik, Sport, Ethik, Geschichte und die sozialwissenschaftlichen Fächer. Das Ziel sechs Kontingenzstunden entstammt einer Empfehlung einer großen Gemeinschaft aus BDA, Wirtschaftsministerkonferenz, Kultusministerkonferenz, DGB und DIHK. Anfang der 2000er-Jahre haben sich diese Akteure auf 6 Stunden in der Sekundarstufe I geeinigt. Das ist der Maßstab. Angesichts dessen ist in Nordrhein-

Westfalen noch Luft nach oben, um ökonomische Bildung im allgemeinbildenden Bereich als kleines Nebenfach zu stärken.

Was ist bei der damaligen Verbesserung passiert? In der Sekundarstufe I hat die ökonomische Bildung im Fach Wirtschaft-Politik einen Anteil von 50 % bekommen und in den Sozialwissenschaften von einem Drittel. Vorher war es unterrepräsentiert. Man hat also aufgeholt.

Es wurde gefragt, ob die Stärkung der ökonomischen Bildung zu befürworten sei und wie dies innerhalb des aktuellen Konstrukts bewerkstelligt werden könne. Wie ich eben sagte, könnte es bei einem kleinen Nebenfach ein bis eineinhalb Kontingenzstunden mehr geben. Es kann aber im Curriculum auch noch besser verankert werden. Manche Themenfelder sind komplett blank.

Obwohl Wirtschaft im Fach Sozialwissenschaften mit geprüft werden soll, sind Wirtschaftsfragen im Abitur nicht verbindlich. Man kann sie abwählen. Die einheitlichen Prüfungsanforderungen der Kultusministerkonferenz für das Fach Wirtschaft sind in Nordrhein-Westfalen nicht verankert. Das ist ein technischer Aspekt, den man einfach umsetzen kann.

Fortbildungen für Lehrkräfte sind wichtig, weil Wirtschaft genau wie Politik von Aktualität lebt. Alles von mir Gesagte gilt sozusagen auch für die politische Bildung.

Die Ausbildung sollte berufsführend sein. Bei aller Akzeptanz der Freiheit der Lehre und der Autonomie der Hochschulen, die genau wie bei Medizin und Jura auf das Berufsleben vorbereiten, ist es aktuell so, dass die Lehramtsstudiengänge nicht auf die Curricula der Schulen bezogen sind. Da könnte man eine qualitative Verbesserung bewirken. Dies würde die Bildungsqualität im Bereich „ökonomische Bildung“ im heutigen Konstrukt mit Wirtschaft-Politik und Sozialwissenschaften erhöhen.

Zur Frage nach dem separaten Fach. Wie auch an Universitäten ist das der klare Weg. Dort gibt es Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaften. Je klarer die politische Entscheidung zum Fächerkanon ausfällt, desto einfacher und klarer kann der Unterricht in der Schule – verbunden mit höherer Bildungsqualität – stattfinden. Das heißt nicht, dass nicht auch Bezüge zueinander hergestellt werden.

Japan macht das vor. Dort gibt es klare Fächerstrukturen. Nach Fukushima wurde das Thema „Energie und Atomkraft“ aber über Jahre in allen sprachlichen Fächern, Geschichte, Politik und Wirtschaft behandelt. Jetzt wird sich dort dem Thema KI gewidmet. Es könnte also Schwerpunktthemen, die in allen Fächern durchgenommen werden, geben und so eine Verbindung hergestellt werden – aber bei einer hohen Fachlichkeit. Diese fehlt bei der ökonomischen Bildung in Nordrhein-Westfalen in Teilen noch.

Prof. Dr. Nils Goldschmidt (Universität Siegen): Herzlichen Dank für die Einladung.

Ich beginne mit einer kleinen Anekdote. Nach der Einführung des Schulfachs Wirtschaft-Politik haben wir zahlreiche von den Bezirksregierungen durchgeführte Implementierungsveranstaltungen begleitet. Dort wurden die Lehrerinnen und Lehrer über die Änderungen informiert. Das war eine notwendige und verpflichtende Veranstaltung. Der erste Satz bei allen Veranstaltungen lautete: Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine

Sorge, es ändert sich für euch eigentlich gar nichts. – Diese Botschaft wurde ausgesendet. Darin liegt das Problem. Es hat sich tatsächlich nicht viel geändert. In den Kernlehrplänen ist relativ wenig passiert. Was hinzugekommen ist, hält sich in Grenzen.

Anders als Herr Bala sagte, ist es gar nicht so einfach, die schulische Realität zu erfassen. Wie Herr Helten-Hildwein sagte, muss genau hingeschaut werden, um herauszufinden, was tatsächlich unterrichtet wird.

Wir haben eine umfassende, die bislang größte empirische Untersuchung von Schulbüchern, die sich mit dem Thema „Wirtschaft“ beschäftigen, durchgeführt. Sie wird im Antrag der FDP erwähnt. Nimmt man an, dass das Schulbuch für die Unterrichtung des Faches Wirtschaft sehr relevant ist, weil es oft fachfremd unterrichtet wird, erkennt man anhand dieser Untersuchung, dass Wirtschaft als Fach ohne Fachlichkeit unterrichtet wird. Es wird zwar über Wirtschaft gesprochen, aber nicht aus ökonomischer Perspektive, nicht mit ökonomischen Methoden, sondern allgemein oft aus einer politikdidaktischen Perspektive heraus. Selbst wenn Wirtschaft in Schulbüchern vorkommt, wird sie nicht aus ökonomischer Perspektive thematisiert. Das ist eines der wesentlichen Probleme.

Schaut man sich die Untersuchung im Detail an, sind die Ergebnisse wirklich erstaunlich. Über 60 % aller Texte in Schulbüchern, in denen es um Wirtschaft geht, beschäftigen sich eigentlich nicht mit der Wirtschaft, sondern mit der Rolle des Staates als Reparatuer für marktwirtschaftliche Prozesse. Unternehmertum spielt in Schulbüchern kaum eine Rolle. In diesem wesentlichen Bereich sollte eine Stärkung stattfinden.

Gäbe es ein Fach Wirtschaft, sähe die Situation anders aus. Es gäbe ganz andere Schulbücher und eine ganz andere Fachlichkeit. Es gäbe – ein entscheidender Punkt – andere Lehrerinnen und Lehrer mit einer spezifischen Ausbildung.

Es gibt ein Integrationsfach mit drei Fächern. Jeder Lehrer hat noch ein zweites Fach und Bildungswissenschaften. Da können Sie sich erschließen, wie groß der Anteil von Wirtschaft im Studium von Lehrerinnen und Lehrern ist. Das können wir uns nicht erlauben, wenn Schülerinnen und Schüler systematisch zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und -bürgern erzogen werden sollen. Die ökonomische Bildung muss also gestärkt werden. Sie muss ein eigenes Fach werden.

Außerdem müssen die ökonomischen Fachmethoden in den Kernlehrplänen und im Lehramtsstudium viel stärker verankert werden. Das ist ein wesentlicher Aspekt.

Wenn ich gefragt werde, ob die ökonomische Bildung gestärkt werden soll, antworte ich immer, man müsse den Kapitalismus nicht lieben, sollte ihn aber verstehen. Schülerinnen und Schüler da kompetent zu machen, muss die Marschroute sein.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich danke für die Einladung zur Sachverständigenanhörung.

Die ersten beiden Vorredner haben viel von dem vorweggenommen, was auch ich für sehr relevant halte.

Die von Frau Müller-Rech angesprochene Reform 2019/2020 ist eindeutig zugunsten der ökonomischen Bildung ausgegangen, und zwar hinsichtlich der zur Verfügung

stehenden Unterrichtszeit und der Änderungen in den Curricula. Entsprechend kann man sagen, dass die ökonomische Bildung im Schulsystem in Nordrhein-Westfalen mittlerweile sehr gut verankert ist.

Nimmt man noch die Angebote im Bereich der Berufsorientierung hinzu, hat das Fach einen Umfang, der sich dem eines Hauptfachs annähert.

Die Reformen der letzten zehn Jahre sind eindeutig zulasten der politischen Bildung, vor allem der gesellschaftlichen Bildung ausgegangen. In weiten Teilen kann den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler hinsichtlich gesellschaftlicher und politischer Orientierung kaum noch nachgekommen werden.

Zu den tatsächlichen Veränderungen in den Schulen ist relativ wenig bekannt. Es ist damals nämlich keine systematische curriculare und unterrichtliche Begleitforschung initiiert worden. Deswegen sind Aussagen dazu relativ schwierig. Auf curricularer Ebene und hinsichtlich der Lernzeiten und der Lehrerausbildung hat sich aber einiges sehr zugunsten der ökonomischen Bildung verändert.

Es wurde immer gesagt, ökonomische Bildung sei das Nebenfach der Nebenfächer. Man muss sagen, dass es heute anders ist. Politik und Gesellschaft sind heute das Nebenfach der Nebenfächer, und die ökonomische Bildung ist die dominante Perspektive.

Befürworte ich eine Ausweitung der ökonomischen Bildung? Im Grundsatz kann mehr Bildung nicht von Schaden sein. Allerdings gibt es nun einmal begrenzte Stundentafeln, und die Ressourcen müssen sinnvoll eingesetzt werden. Daher lautet die grundlegende Frage, ob das überhaupt sinnvoll ist. Führt mehr Lernzeit tatsächlich zu mehr Kenntnissen? Das müsste intensiver erforscht werden.

Zur Frage, ob ich ökonomische Bildung als Integrationsfach oder als Separatfach befürworte. Aus verschiedenen Studien ist mittlerweile bekannt – in meiner Stellungnahme zitiere ich Oberrauch und Seeberger sowie die Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen –, dass ein Separatfach Wirtschaft im Vergleich zu dem Unterricht, der in einem Integrationsfach erfolgt, nicht zu einer signifikanten Steigerung des ökonomischen Wissens führt. Das macht auch Sinn, weil man Wirtschaft nur verstehen kann, wenn man auch Ahnung von politischen und gesellschaftlichen Hintergründen hat. Umgekehrt gilt das genauso. Man kann Politik und Gesellschaft nur verstehen, wenn man auch über ökonomisches Wissen verfügt. Deshalb macht es Sinn, sie als Integrationsfach zu unterrichten, um Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, die Gesellschaft in ihrer Komplexität zu verstehen und zu deuten und darin zu handeln.

Franziska Müller-Rech (FDP): Eine kurze Aufhellung zum Thema „Separatfach“. In unserem Antrag schreiben wir, dass wir uns ein Separatfach in der Oberstufe vorstellen können. Zur Aufklärung sage ich, dass wir im Moment keinen Änderungsbedarf an der bestehenden Implementation in der Sekundarstufe I sehen.

Nun frage ich zu diesem Separatfach in der Oberstufe, also als Abiturfach, nach. Ich richte die Frage an Frau von Hugo, Herrn Professor Goldschmidt sowie an Frau Hunecke bzw. Herrn Helten-Hildwein. Die Hürden für das Fach Wirtschaft als Abiturfach nach dem Beispiel der beruflichen Gymnasien in NRW sind nach wie vor recht hoch. Welche

Chancen sehen Sie in einem landesweiten Ausbau und einer Vereinfachung, es im ganzen Land an allen Gymnasien und Gesamtschulen und nicht nur an den beruflichen Gymnasien als Abiturfach einzuführen?

Jonathan Grunwald (CDU): Auch ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit und die guten Beiträge.

Ich knüpfe an die Aussagen zur Fachlichkeit und zur politischen Bildung sowie zur ökonomischen Bildung an. Aus meiner Sicht stellt die soziale Marktwirtschaft als Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einen guten Brückenschlag zwischen politischer und ökonomischer Bildung dar. Wie beurteilen Sie das? Wie wird die soziale Marktwirtschaft im Unterricht bereits vermittelt, diskutiert und debattiert sowie in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung berücksichtigt? Die Fragen richte ich an Herrn Professor Engartner und Herrn Professor Goldschmidt.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Ich finde das Klima hier heute sehr schön, wenn ich das einmal kurz anmerken darf. Das mag an der Abwesenheit einzelner Kollegen liegen.

Ich habe eine Frage an Herrn Bala von der Landesschüler*innenvertretung. Hier geht es oft darum, welchen gesellschaftlichen Bedarf an Bildung wir sehen und was von Lernenden und Lehrenden an Bildungsinhalt gewünscht wird. Welche Formen ökonomischer Bildungsinhalte mit welcher Zielsetzung wünschen Sie sich aus Schüler*innenperspektive, wenn Sie sich das aussuchen dürften?

Kirsten Stich (SPD): Frau Hunecke hat ein Beispiel angeführt, wie sich die Situation an einem Montag nach den Wahlen darstellt. Daher meine Frage: Welchen Verbesserungsbedarf sehen Sie in den Fächern Wirtschaft-Politik bzw. Sozialwissenschaften insbesondere mit Blick auf die Demokratiebildung? Diese Frage richte ich an Frau Professor Zurstrassen, Herrn Professor Engartner und Herrn Bala.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich wurde nach Verbesserungsbedarf gefragt. Es gibt Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Stärkung der Lehrerbildung an den Universitäten. Es braucht einen weiteren Ausbau der Fachdidaktiken und mehr Lernzeit in diesem Feld.

Außerdem braucht es eine verstärkte Einstellung von Lehrkräften, die Sozialwissenschaften studiert haben. Der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts ist extrem hoch. Das muss nicht immer schlechter Unterricht sein, aber aus der empirischen Forschung, aus der Unterrichtsforschung geht hervor, dass Schülerinnen und Schüler, die von Lehrkräften unterrichtet werden, die fachgerecht unterrichten, höhere Lernerfolge erzielen. Deswegen sollte im Rahmen einer Initiative für das Fach geworben werden.

Des Weiteren sollten Schulleitungen verpflichtet werden, den Anteil fachfremd erteilten Unterrichts deutlich zu reduzieren, indem sie Lehrkräfte mit *Facultas Docendi* in Sozialwissenschaften einstellen.

Darüber hinaus sollte Lernzeit, die für Sozialwissenschaften bzw. Wirtschaft, Politik oder Fächer mit ähnlichen Bezeichnungen zur Verfügung steht, für fachlichen Unterricht

genutzt werden. Wir wissen, dass gerade dieses Unterrichtsfach häufig für fachfremde Aufgaben wie das Sammeln von Milchgeld genutzt wird. Das ist ein Klassiker. Es werden außerdem Inhalte aus anderen Unterrichtsfächern aufgearbeitet. Der entsprechende Fachunterricht findet also häufig nicht statt. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

Weiter wäre eine Stärkung der Lehrkräfte wichtig. Sozialwissenschaften zu unterrichten – ob mit ökonomischem, politischem oder gesellschaftlichem Schwerpunkt – stellt an vielen Schulen eine große Herausforderung dar. Die Unterstützung der Lehrkräfte muss auch seitens der Politik erfolgen. Den Lehrkräften muss Respekt für ihre Arbeit gezollt werden.

Prof. Dr. Nils Goldschmidt (Universität Siegen): Ich schließe mich Frau Zurstrassen dahin gehend an, dass die Fachdidaktiken gestärkt werden müssen. Das gelingt umso besser, wenn man die ökonomische Bildung als spezifische Fachdidaktik versteht, was sie ja auch ist. Sie ist etwas anderes als die politische Fachdidaktik.

Soll die ökonomische Fachdidaktik gestärkt werden, müssen Lehrerinnen und Lehrer so ausgebildet werden, dass das einen wesentlichen Anteil hat, damit guter Wirtschaftsunterricht gegeben werden kann. Das gilt unabhängig davon, ob es als Integrationsfach oder als separates Fach unterrichtet wird. Gerade in der Sekundarstufe I kann man weiter über die Unterrichtung als Integrationsfach nachdenken. Selbst da braucht es aber Lehrerinnen und Lehrer, die für das Fach wirklich befähigt sind.

Sollte in der Sekundarstufe I nicht genuin Wirtschaftsunterricht eingeführt werden, besteht eine Option darin, Ein-Fach-Lehrern die Möglichkeit zu geben, Sozialwissenschaften mit den drei Schwerpunkten zu machen, um mehr Zeit für eine grundlegende ökonomische Bildung zu haben. Trotz allem bin ich der Meinung, dass genuin für die ökonomische Bildung und Wirtschaftswissenschaften ausgebildete Lehrerinnen und Lehrern auch für die Schulen die beste Lösung wären, um das Fach zu unterrichten.

Ganz wichtig ist auch der Dialog zwischen den Disziplinen. Interdisziplinarität braucht aber erst einmal Disziplinarität. Wenn man nicht weiß, worüber man spricht, kann man auch nicht mit anderen darüber sprechen. In dieser Disziplin auszubilden ist also wichtig. Ebenso wird es auch in den Naturwissenschaften und den Sprachen gemacht. Schließlich wird kein Sprachunterricht erteilt, sondern Anglistik, Französisch und Latein. Das macht schließlich Sinn. Später kann man dann über gemeinsame Sprachmuster sprechen. Daher plädiere ich für den Ausbau der Fachdidaktik. Dazu bedarf es aber Veränderungen.

Natürlich spreche ich mich auch dafür aus, in der Sekundarstufe II ein Einzelfach zu ermöglichen und es als Abiturfach zu stärken. Gründe dafür hat Frau von Hugo schon genannt. Es soll auf bestimmte Lebenswege vorbereitet werden und Wirtschaftspropädeutik machen. Wir wollen doch nachher an den Universitäten gut ausgebildete Ökonominen und Ökonomen, die später in die Ministerien gehen. Warum sollte das nicht vorbereitet werden? Wirtschaft ist ein so wesentlicher Bestandteil und wird wichtiger werden, auch wegen der ökologischen Transformation und Ähnlichem. Da braucht es gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler. Es sollte daher in jedweder Form gestärkt und durch die Einrichtung des Abiturfachs signalisiert werden, dass das wichtig ist und ein Weg sein kann, um von dort an die Universitäten zu gehen.

Herrn Grunwald danke ich für den wichtigen Hinweis auf die soziale Marktwirtschaft. Sie sollte in den Kernlehrplänen und auch in der Ausbildung an den Universitäten eine Aufwertung erfahren. Ich vermute, dass ein Großteil der Lehrerinnen und Lehrer keinen separaten Kurs zur sozialen Marktwirtschaft gehört hat, obwohl es sozusagen unser Kernfach ist. Die Fachdidaktik für die ökonomische Bildung muss gestärkt werden. Um die Lehrerinnen und Lehrer darin auszubilden, braucht es Zeit. Abgesehen von der Universität Siegen, für die ich spreche, wird es wahrscheinlich nirgendwo separate Kurse zur sozialen Marktwirtschaft in der Lehramtsausbildung geben. Ein besseres Verständnis unseres Wirtschaftsmodells muss gestärkt werden. Wir leben in diesem Wirtschaftsmodell. Wir verbrauchen die Ressource soziale Marktwirtschaft und investieren viel zu wenig in sie. Schulbildung muss leisten, dass man sich für dieses Konzept einsetzt und bereit ist, dafür Energie aufzuwenden, dieses Konzept in seinem Versuch, wirtschaftliche und soziale Prozesse auch vor dem Hintergrund einer starken sozialen Kohäsion in einen Ausgleich zu bringen, umzusetzen. Soziale Marktwirtschaft steht auch für sozialen Zusammenhalt.

Alfred Müller-Armack, der den Begriff „soziale Marktwirtschaft geprägt hat, sprach immer von sozialer Irenik, einer sozialen Versöhnung als notwendige Voraussetzung. Das muss in die Schulen mehr hineingetragen werden. Dafür muss es in die Ausbildung hineingetragen und die Fachdidaktik an den Universitäten gestärkt werden.

Verena von Hugo (Flossbach von Storch Stiftung): An der Universität Siegen gibt es auch einen Erweiterungsstudiengang Wirtschaft. Der ist freiwillig und hat ein bisschen reduzierte ECTS-Punkte, die aber zu etwa zwei Dritteln einem vollwertigen Fach entsprechen. Er erfreut sich großer Nachfrage. Das ist sehr positiv. Zwei Drittel der Immatrikulierten studieren bereits Sozialwissenschaften. Dort gibt es also evident nachgewiesen den Wunsch der Studierenden des Fachs Sozialwissenschaften nach mehr fundierter und fachwissenschaftlicher Grundausbildung im Bereich „Wirtschaft“. Aktuell halsen sie sich das freiwillig auf, wo es möglich ist.

Ich stimme Frau Professor Zurstrassen zu, dass es Fachdidaktik und Rückhalt für die Lehrkräfte braucht. Es ist ein Spagat, der zu einer Strapaze führt, bzw., um es positiv zu formulieren, als Lehrkraft in einem Fach weniger fachfremde Inhalte repräsentieren zu müssen, führt zu einer höheren Berufszufriedenheit. Es gibt viel Stundenausfall. Dann wird die Zeit knapp, um mit den Inhalten und den Leistungskontrollen in den entsprechenden Rhythmus zu kommen. Wie ich schon am Anfang sagte, ist da weniger mehr im Sinne von Berufsqualität für die Lehrkräfte, Wertschätzung ihrer Arbeit und Fachlichkeit.

Das im Abitur als Einzelfach einzuführen, halte ich für einen guten Vorschlag. Schließlich ist das, was im Abitur geprüft wird, stark rahmengebend für das in der Sekundarstufe II Unterrichtete. Derzeit sagen viele Jugendliche, dass weder Fachwissen noch Kompetenzen in Bezug auf Wirtschaft und Finanzen bei ihnen ankommen. Sie fühlen sich alleingelassen und unmündig und brauchen und wünschen mehr von diesem Themenbereich. Bietet man ihn als Abiturfach an, heißt das ja, dass die Schülerinnen und Schüler es wählen können. Sie müssen es ja nicht machen. Insofern wäre es eine

wertvolle Bereicherung, dort eine Vertiefung anzubieten. Wer es nicht wählen möchte, kann es im Grundkurs behalten oder abwählen.

Ich möchte eine Lanze für die Demokratiebildung brechen. Sie liegt uns allen stark am Herzen und hat gerade in Zeiten wie diesen eine hohe Priorität. Die politische Bildung, aber auch die ökonomische Bildung aus der Fachlichkeit der Wirtschafts- und Finanzbildung heraus können die Perspektive weiten. Menschen, die sich in unserem Wirtschaftssystem soziale Marktwirtschaft auskennen, wissen, welche Alternativen es gibt, welche Merkmale die soziale Marktwirtschaft ausmachen, welche individuellen Kompetenzen gerade im Bereich „personal finance“ damit einhergehen, welche strukturellen Kompetenzen nötig sind und wie unser Rentensystem und ökonomisches Denken funktionieren. Menschen mit solchen Kenntnissen sind mündiger. Das vermittelt eine größere Sicherheit und geht mit weniger Sorgen einher. All das trägt zur Demokratiestärkung bei. Das würde ich unserem Nachwuchs, den Schülerinnen und Schülern, der jüngeren Generation von Herzen wünschen.

Timm Helten-Hildwein (unternehmer nrw): Frau Müller-Rech, Sie fragten nach den Potenzialen und nach den Hürden hinsichtlich der Einführung des Abiturfach. Dazu muss man sich die Frage stellen, welche Lernziele man sich setzt. Aus unserer Sicht wäre zum Beispiel ein ganz wichtiges Ziel, die Innovationskraft und den Unternehmergeist bei Schülerinnen und Schülern zu stärken, Lust auf Wirtschaft zu machen, neue Geschäftsideen zu entwickeln und eine Verbindung herzustellen. Das ist nötig, um den Strukturwandel und die Transformation zu bewerkstelligen. Es sollte Lust darauf gemacht werden, Ideen, Theorien und Konzepte zu entwickeln, die man später im Studium oder in der dualen Ausbildung weiter vertiefen kann.

Stichwort: duale Ausbildung. Da müssten sich die Gymnasien öffnen. Um das zu erreichen, sind definitiv Kooperationen zwischen Wirtschaft und Schule nötig.

Heike Hunecke (unternehmer nrw): Ich ergänze zum Thema „Lehrkräfteaus- und -weiterbildung“. Man muss sich vor Augen halten, dass im Regelfall junge Menschen auf Lehramt studieren und dann aus dem Studium wieder an die Schule zurückkehren. An der Schule sollen sie Wissen über Wirtschaft und Arbeitswelt vermitteln, obwohl sie diese aus einer anderen Perspektive als der Schulorganisation und der Hochschule nie erlebt haben. Daher gebe ich zu bedenken, inwiefern Betriebserkundung und das Erleben von Wirtschaft und Arbeitswelt ein Bestandteil der Ausbildung von Lehrkräften sein kann.

Wenn es darum geht, junge Menschen dazu zu befähigen, im Lebensalltag und als Verbraucher klarzukommen, trägt ein Leistungskurs Wirtschaft dazu aus meiner Sicht nicht bei. Was aber dazu beiträgt, ist, wenn Schule und Betrieb in sinnvollen Formaten zusammenarbeiten, damit Kinder und Jugendliche lernen, wie die Arbeitswelt funktioniert, wie sie sich dort einbringen können und was ihre Stärken und Schwächen sind.

Wenn man im Leistungskurs Sozialwissenschaften in der Abiturklausur wählen kann und sich für ein wirtschaftliches Thema entscheidet, weil man es spannend findet, dann hat man als junger Mensch das selbst entschieden. Das ist gegebenenfalls auch eine gute Vorbereitung auf ein Studium.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit sollte für alle Schulformen gelten, dass junge Menschen gleichermaßen so vorbereitet werden, dass sie mündig in die Arbeitswelt einsteigen können. Auch aus Sicht des Netzwerks SCHULEWIRTSCHAFT halten wir es für wichtig, dass Jugendliche ebenso wie Lehrkräfte die Arbeitswelt selbst erleben dürfen.

Elias Bala (Landeschüler*innenvertretung NRW): Ich widme mich zuerst der Beantwortung der Frage der Grünenfraktion, was Inhalt des Wirtschafts- und Politikunterrichts sein soll. Aus unserer Sicht geht es um etwas sehr Wesentliches, nämlich das Erlernen sowohl von Praxis als auch von Verständnis.

Ich mache es konkret. Es geht dabei etwa um folgende Fragen: Wie komme ich mit meinem Einkommen aus? Wie wirtschaftete ich damit? Woher kommt dieses Einkommen? Warum verdiene ich mehr oder weniger? Auch geht es uns um so etwas wie Verbraucherbildung. Das steht auch in der Stellungnahme der Verbraucherzentrale. Des Weiteren interessieren uns Fragestellungen wie die, warum Verschonungsbedarfsprüfungen bei einem selbst nicht, aber bei reichen Erben funktionieren.

Insgesamt geht es uns also um ein Verständnis für wirtschaftliche Themen, auch im Sinne einer Pluralität. Zur Fachlichkeit gehört auch, ob man das aus einer keynesianistischen, neoklassischen, neoliberalen oder marxistischen Sicht betrachtet. Das sind unterschiedliche Ansätze, die weitestgehend Berechtigung haben, aber natürlich jeweils anders funktionieren. Das gehört zur Fachlichkeit in diesem Fachbereich dazu. Neben der Praxis sollte das Verständnis nicht zu kurz kommen. Ansonsten verkauft man Ideologie als Praxis.

Nun dazu, was hinsichtlich der Lehrkräfte zu tun ist. Ein Fünftel der Schüler*innen in Deutschland lebt in Armut. Da stellen sich Fragen, die Lehrer*innen mit ihren Schüler*innen diskutieren können müssen. Meiner Ansicht nach geht es darum, Diskussionen zu öffnen und diese auf einer sachlichen Ebene führen zu können.

Marcel Fratzscher hat letztes Jahr im November einen Artikel veröffentlicht, in dem er quasi schreibt, die soziale Marktwirtschaft könne Armut nicht tolerieren. Wenn die soziale Marktwirtschaft unser System ist, dann fragen sich viele Schüler*innen natürlich, warum es dann diese Armut gibt. Lehrkräfte müssen das vermitteln und mit den Schüler*innen darüber reden können. Das fachlich und didaktisch vermitteln zu können, sollte wesentlicher Bestandteil der Lehrkräfteausbildung sein.

Prof. Dr. Tim Engartner (Universität zu Köln): Um die von gegenseitigem Respekt geprägte Gesprächsatmosphäre weiter zu bedienen, beginne ich mit dem, was uns einen dürfte. Frau Stich hat gefragt, was den Verbesserungsbedarf hinsichtlich der sozialwissenschaftlichen Bildung kennzeichne. Was im Antrag der FDP-Fraktion zu lesen ist, nämlich dass es einen desolaten Zustand bei der Lehrkräftefort- und -weiterbildung gibt, ist erstens der Tatsache geschuldet, dass es in keinem Bundesland mehr eine faktische obligatorische Fort- und Weiterbildung gibt – und das in einem Beruf, der eigentlich auf lebenslanges Lernen ausgelegt sein sollte.

Zweitens kommt der grassierende Lehrkräftemangel hinzu, den ich eher als Unterrichtsversorgungsengpass bezeichnen würde, weil drei Viertel der Lehrkräfte noch vor

Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters aus dem Dienst ausscheiden, es eine extrem hohe Teilzeitquote gibt usw. Ich will das nicht weiter ausführen. Das wäre eher ein allgemeines bildungspolitisches Geplänkel am Rande der Sitzung wert. Fakt ist jedenfalls, dass es dort erhöhten Optimierungsbedarf gibt.

Des Weiteren muss dringend der fachfremd erteilte Unterricht reduziert werden. Ich will jetzt nicht die Worte, die ich gestern bei der Einführungsveranstaltung von Studierenden zugetragen bekommen habe, dazu wiedergeben, welches Etikett dem Fach Sozialwissenschaften im Vergleich zu den „harten“ Naturwissenschaften und den Kernfächern Deutsch, Englisch und vielleicht Französisch und Latein mitunter anhaftet. Wenn aber 81 % des Unterrichtsfaches Wirtschaft-Politik an den Hauptschulen und 23 % an den Gymnasien fachfremd erteilt wird, ist das ein Armutszeugnis. Es braucht mehr fachspezifischen Unterricht. Die Kolleginnen und Kollegen müssen über eine Fakultas in dem Fach verfügen.

Ich bekomme das selbst mit, weil ich knapp zehn Jahre lang für die Lehrkräftefort- und -weiterbildung an der Universität in Frankfurt und damit auch für Hessen zuständig war. Es gab 150 Fort- und Weiterbildungen im Jahr. Die Lehrkräfte fühlen sich bei der Frage, wie man mit Antisemitismus, Antiziganismus, Ausländerfeindlichkeit, Xenophobie usw. umgeht, hilflos. Sie fühlen sich nicht nur in den Themenfeldern, in denen es um ökonomische Bildung geht, hilflos.

Wenn wir uns also alle einig sind, dass die Demokratieförderung gestärkt werden muss, lautet mein pragmatischer Vorschlag, gemeinsam mehr für sozialwissenschaftliche Bildung einzutreten, also auch für eine Expansion der politischen Bildung.

Damit komme ich zu einem wesentlichen Punkt. Dankenswerterweise wurden die Landtagswahlergebnisse in Sachsen, Thüringen und Brandenburg von Frau Stich angesprochen. Wie Herr Bala gleichermaßen bedauern würde, haben vor allem die 16- bis 24-Jährigen die Partei gewählt, die heute personell nicht vertreten ist. Es gibt also ein gravierendes Problem an den Schulen. Spricht man mit Kolleginnen und Kollegen aus den ostdeutschen Bundesländern, erfährt man, dass auch bei den Arbeitgebern Angst grassiert. Ich habe enge Kontakte zu Konzernen, die dort tätig sind. Sie haben Angst, Arbeitsplätze nicht mehr mit ausländischen Fachkräften besetzen zu können.

Bezüglich der Kooperation von Schule und Wirtschaft kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Die Öffnung von Schulen über die Schultore hinaus ist durchaus sinnvoll, weil die klassische Berufsbiografie einer Lehrkraft in Deutschland so aussieht, dass sie von der Schule über die Hochschule wieder in die Schule kommt. In meinem Fall ist es noch schlimmer: Bei mir kam danach wieder die Hochschule. – Vom Leben außerhalb der Schultore hat man also vielleicht nur am Rande etwas mitbekommen. Ein bisschen mehr Praxisorientierung tut da wahrscheinlich gut.

Gleichzeitig warne ich davor, zu glauben, eine Unterversorgung personeller Art in den Schulen durch Praxispartnerschaften mit der Wirtschaft auffangen zu können. Betriebspraktika sollte es auf jeden Fall geben. Eine systematische Infiltration der Klassenzimmer mit unternehmenseigenen Unterrichtsmaterialien oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die teilweise vollwertig in Abwesenheit der eigentlich zuständigen Lehrkraft Unterricht erteilen, also sogenannte Firmenlehrkräfte, die übrigens auch in Düsseldorf unter dem

Namen Geldlehrerinnen bzw. Geldlehrer firmieren, halte ich für hochgradig problematisch.

Ökonomische Bildung bedeutet mehr als die Kenntnis von Aktien, Anleihen, Devisen, Derivaten, Fonds und Futures. Als Bruder eines Steuerberaters, der sechs Jahre lang in Luxemburg und nun im Saarland tätig war bzw. ist, kann ich Ihnen sagen, dass das hochkomplex ist. Alle Teilbestandteile des Steuerrechts in der gymnasialen Oberstufe zu erfassen, ist schlichtweg nicht möglich. Das ist hochkomplex. Man muss wissen, wie die Steuersystematik gestaltet ist. Ich plädiere also für eine Ausweitung der ökonomischen Bildung, die über Verbindungen zur politischen und zur soziologischen Bildung verfügt. Dies sollte jedoch im Rahmen einer Expansion der sozialwissenschaftlichen Bildung insgesamt geschehen.

Eine Anmerkung am Rande. Ohne Ausweitung der Studententafel konkurrieren bildungspolitische Anliegen. Ich habe dieselbe Schule wie der amtierende Finanzminister Nordrhein-Westfalens besucht und mich kürzlich mit ihm darüber ausgetauscht, dass wir noch alle 14 Tage Samstagsunterricht hatten. Nun spreche ich mich nicht für seine Wiedereinführung aus, will aber sagen, dass die Studententafel eher reduziert als ausgeweitet worden ist.

Insgesamt besteht ein substanzielles Problem darin, mehr Inhalte in der bestehenden Studententafel unterzubringen. Braucht es nicht Informatik als Pflichtfach? Ist angesichts der Tatsache, dass sich Ehepartner im Schnitt nur noch 7 Minuten am Tag miteinander unterhalten, ein Fach Kommunikation nötig? Diesen Forderungskatalog könnte man erweitern. Was ich damit sagen möchte, ist, dass bildungspolitische Anliegen – die historische und geografische Bildung seien der Vollständigkeit halber ebenfalls genannt –, die allesamt ihre Berechtigung haben, konkurrieren.

Vorsitzender Florian Braun: Mit Blick auf die Uhr sollten Sie vielleicht etwas gestraffter vortragen.

Prof. Dr. Tim Engartner (Universität zu Köln): Noch gestraffter? Okay. – Herr Goldschmidt als Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hat es fachwissenschaftlich besser ausgeführt, als ich es jemals könnte. Der Feind des Guten ist das Bessere. Man kann Debatten darüber anstrengen, ob in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland Armut ein Armutszeugnis ist. Dies fehlt in einigen Materialien.

Herr Goldschmidt, diesbezüglich widerspreche ich Ihnen nämlich. Sie haben eine Schulbuchanalyse durchgeführt. Ohne über die Studie im Einzelnen sprechen zu wollen, merke ich an, dass das Schulbuch nicht mehr der heimliche Lehrplan ist. Gerade in einem dynamischen und aktualitätsgetriebenen Fach wie Sozialwissenschaft oder Wirtschaft-Politik wird sehr viel Unterrichtsmaterial digital online verfügbar gemacht und genutzt.

Von privaten Contentanbietern gibt es Zerrbilder dessen, was soziale Marktwirtschaft ist – im Sinne einer Privatisierung von Lebensrisiken: Gerät man im Alter in Armut, ist das der eigenen unzureichenden Altersvorsorge in jungen Jahren zuzuschreiben. –

Bei so etwas habe ich Bedenken. Mittlerweile produziert die Hälfte aller DAX-Konzerne in Deutschland Unterrichtsmaterialien. Produktion und Distribution von Unterrichtsmaterialien ist mittlerweile weit verbreitet. Es gibt keine Gatekeeper-Funktion. Lediglich in 11 von 16 Bundesländern wird überhaupt eine kultusministerielle Prüfung der Schulbücher vorgenommen. Digitale Materialien werden gar nicht geprüft und kommen ungefiltert in die Klassenzimmer. So ist der Kampf um die Köpfe der Kinder im Klassenzimmer natürlich voll entbrannt.

Letzter Aspekt. An den Hochschulstandorten hat es auch mit Blick auf die soziale Marktwirtschaft systematische Verschiebungen gegeben. Auch wir in Köln bieten das an. Ich will keine Studienfachwechslerinnen und -wechsler aus Siegen zu uns locken, aber auch wir versuchen, uns an den schulischen Curricula zu orientieren. Anders als Herr Bala und andere hier im Raum bin ich aber nicht der Meinung, dass die Hochschule nur auf die Praxis vorbereiten soll, sondern bin auch für einen theoretischen Überbau, empirische Evidenz usw. in den wissenschaftspropädeutischen Ausbildungsformaten.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich möchte den Herren Professoren eine Chance geben, sich wieder zu versöhnen. Meine nächste Frage, die sich auf die Lehrerfortbildung bezieht, richte ich an Herrn Professor Engartner, Herrn Professor Goldschmidt und Frau von Hugo.

Herr Professor Engartner, Sie haben plastisch die unterschiedlichen Situationen in Bezug auf fachfremden Unterricht je nach Schulform dargestellt. Natürlich schauen wir mit Sorge insbesondere auf die Hauptschulen, aber auch 23 % an Gymnasien ist zu viel fachfremd erteilter Unterricht.

Mit Blick auf die ökonomische Bildung und die Reformen 2019/2020 frage ich, was in der Lehrerfortbildung getan werden muss, um dieses Problem schnell zu beheben. Sind es Zertifikatskurse? Haben Sie noch andere Ideen, was wir von politischer Seite aus tun müssten? Vielleicht braucht es auch generelle Fortbildungssystematiken, nicht nur eintägige Fortbildungen. Lassen Sie Ihrer Fantasie also freien Lauf bei Ihren Überlegungen, wie diese Quote verbessert werden könnte.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich frage Frau Professor Zurstrassen zu der Schulbuchthematik. In Ihrer Stellungnahme widersprechen Sie der Problematisierung der Qualität von Unterrichtsmaterialien mit dem Argument, dass Schulbücher für die sozialwissenschaftliche Bildung in Nordrhein-Westfalen ein Zulassungsverfahren durchlaufen, im Rahmen dessen die Qualität derselben überprüft wird. Nun haben wir gerade gehört, dass das bei digitalen Medien etwas problematischer ist und Materialien manchmal doch ungefiltert in die Schulen gelangen. Könnten Sie darauf noch etwas ausführlicher eingehen?

Kirsten Stich (SPD): Meine Frage richte ich an Frau Professor Zurstrassen, Herrn Professor Engartner und Herrn Bala. Wie bewerten Sie die im Antrag der FDP enthaltenen Forderungen nach einer engeren Verzahnung mit Betrieben und Start-ups, um die ökonomische Bildung praxisnäher zu gestalten? Herr Professor Engartner, Sie sind

eben schon kurz auf die Betriebe eingegangen. Vielleicht könnten Sie das aber noch einmal zum Beispiel hinsichtlich der Start-ups spezifizieren.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Engartner und Herrn Bala. Herr Professor Engartner, in Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, durch eine Aufspaltung sozialwissenschaftlicher Fächer könnten zentrale ökonomische Fragestellungen, die etwas umgreifender sind – zum Beispiel umwelt- und klimapolitische Maßnahmen –, nicht mehr sachgerecht behandelt werden. Wie könnten sie in der Schule denn sachgerecht behandelt werden – auch im Hinblick auf sogenannte Future Skills etc.?

Prof. Dr. Tim Engartner (Universität zu Köln): Ich beginne mit der Frage von Frau Müller-Rech nach der Lehrkräftefort- und -weiterbildung. Es ist schön, von Politikerinnen und Politikern angetragen zu bekommen, der Fantasie freien Lauf zu lassen.

Will man auf dem Papier die Quote fachfremden Unterricht reduzieren, um nach außen eine gute Bilanz vorweisen zu können, sind Zertifikatskurse ein probater Weg. Man kann wunderbar Nachqualifikationen anbieten. Da besteht Aus- und Nachbesserungsbedarf.

Fast alle Volluniversitäten bieten mittlerweile berufsbegleitende MBA-Studiengänge an. Warum macht man so etwas nicht auch für Lehrkräfte – allerdings verpflichtend – und stellt es nicht den Schulleitungen anheim, ob sie Lehrkräfte für die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsaktivitäten freistellen? Das ist der gordische Knoten, den es zu durchschlagen gilt. Angesichts des drohenden Unterrichtsausfalls lassen Schulleitungen, wenn sie es zu entscheiden haben, die Lehrkräfte nicht an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen.

Will man es systematisch angehen, wäre der Vorschlag von Herrn Goldschmidt, Einfachlehrer, vielleicht ein probater Weg, um zwar nicht die Flexibilität zu erhöhen, aber zumindest eine fachspezifischere Ausbildung zu gewährleisten. Das Fach Sozialwissenschaften ist mit mindestens den drei Disziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie extrem komplex. In Teilbereichen geht es auch um rechtliche Grundlagen. In anderen Ländern wie etwa in Österreich ist das Fach zusätzlich noch mit der geografischen Bildung kombiniert. Daher würde ich mir anmaßen, zu sagen, dass es das komplexeste Fach ist, das man studieren kann. Aber darüber kann man trefflich streiten.

Zur Professionalisierung der Lehrkräfte braucht es in einigen Bundesländern – das gilt nicht für Nordrhein-Westfalen – zudem eine systematische Ausweitung der Regelstudienzeit. Zum Beispiel in Hessen gibt es nach wie vor ein sechssemestriges Studium für die Sekundarstufe I und die Primarstufe. Nur in einem anderen deutschsprachigen Land gibt es noch ein sechssemestriges Grundstudium, und zwar in Namibia. Mit dem zehensemestrigem Studium steht Nordrhein-Westfalen ziemlich gut da. Man könnte es inhaltlich noch ausbauen, um die Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung zu professionalisieren.

Zur Verzahnung von Schule und Start-ups. Ich werde noch bis März 2026 aus einem Landesprogramm zum Thema „Entrepreneurship“ finanziert, das seinerzeit die FDP

angeschoben hat. Im Rahmen dessen tausche ich mich notwendigerweise mit Kolleginnen und Kollegen aus. Hinsichtlich der Euphorie, die dem Antrag in gewissem Maße zugrunde liegt, dass Entrepreneurship Education zu mehr unternehmerischer Selbstständigkeit führen wird, muss ich Sie leider enttäuschen und möchte mit anekdotischer Evidenz aufwarten.

Vergleichsweise häufig sind Gründerinnen und Gründer bei uns im Gründerzentrum in Köln zu Gast, unter anderem die Gründer von DeepL; das dürfte bekannt sein. Ökonomische Bildung ist selten der Treiber. Es wird sogar vermutet, dass es gegenläufige Kausalitäten gibt. In Berlin und Brandenburg ist die Start-up-Quote am höchsten. Egal welche Studie – OeBiX und andere – man zugrunde legt, schneiden diese Bundesländer bei der ökonomischen Bildung aber extrem schlecht ab. Vielfach hängt es von der Prägung durch das Elternhaus ab, ob man sich zutraut, sich selbstständig zu machen. Als Sohn eines Beamten bin ich da ein hoffnungsloser Fall. Außerdem stellt sich die Frage, wie viel Wagniskapital es gibt. Mehr unternehmerische Selbstständigkeit hängt also nicht eindeutig mit mehr ökonomischer Bildung zusammen.

Dem steht außerdem entgegen, dass neun von zehn Schülerinnen und Schüler später einer Tätigkeit im beruflichen Abhängigkeitsverhältnis nachgehen, also als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer agieren. Soll der Schulunterricht auf das Leben vorbereiten, müsste man also sehr sorgfältig darauf achten, die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick zu behalten und nicht nur auf unternehmerische Selbstständigkeit und die Arbeitgeberperspektive abzielen. Diesbezüglich besteht hier im Raum aber wohl keine Einigkeit.

Hinsichtlich der Frage nach sachgerechter Behandlung von Klima- und Umweltfragen stehe ich unter dem Eindruck einer Tagung vorletzte Woche, bei der unter anderem Axel Ockenfels zum Thema „Nachhaltigkeit“ gesprochen hat. Es gibt viele Fragen, die sich einer rein ökonomischen Betrachtung entziehen. Das will ich nicht auf die privaten Verhältnisse übertragen – man kann darüber streiten, ob Kinder für haushaltsnahe Dienstleistungen bezahlt werden müssen –, sondern sachgerecht antworten und den Hinweis geben, dass viele Fragen, die uns beschäftigen – wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer –, keine rein ökonomischen Entscheidungen sind. Die Mehrwertsteuer ist bekanntlich sozial blind. Sie hat also politische Implikationen. Das muss man wissen. Warum gilt für Tiernahrung der ermäßigte Mehrwertsteuersatz, während er für Babyutensilien nicht gilt?

Es gibt ein schönes Beispiel, das der bekannte Soziologe Anthony Giddens immer bemüht hat. Die Frage „Wollen wir uns auf einen Kaffee treffen?“ bringt den Wunsch nach einem sozialen Arrangement zum Ausdruck. In diesem Kontext könnte man einen Blick auf Handelsketten werfen, sich aber auch dem Thema widmen, dass der Kauf von Kaffee politische Implikationen hat. Das gilt etwa für Fair-Trade-Kaffee.

Es geht also darum, in den Sozialwissenschaften alltägliche Dinge in den Unterricht einzubinden, die Implikationen in Bezug auf alle drei Disziplinen, also Politik, Soziologie und Ökonomie, enthalten. Man muss sie also zusammen denken und in der Schule zusammenbringen. Das kann man nicht den Schülerinnen und Schülern überlassen.

Wenn Sie mir den Kommentar erlauben, füge ich noch an, dass jemand, der alle Lebensbereiche nur mit der ökonomischen Brille betrachtet, nicht ökonomisch gebildet, sondern ökonomistisch verbildet ist. Man kann nicht alle Teilbereiche des Lebens ökonomisieren und nur mit der ökonomischen Brille betrachten.

Elias Bala (Landeschüler*innenvertretung NRW): Hinsichtlich der engeren Verzahnung von Unternehmen bzw. Start-ups mit der Schule schließe ich mich meinen Vorrednern weitestgehend an. Erstens sind nicht alle Schüler*innen in der Lage, ein eigenes Start-up zu gründen, und zweitens ist das gar nicht möglich bzw. wünschenswert. Was passierte, wenn plötzlich alle ein eigenes Unternehmen hätten? Irgendjemand muss noch in den Unternehmen arbeiten. Daher stimme ich zu, dass auf jeden Fall Bildung dahin gehend, welche Möglichkeiten und Rechte man als Arbeitnehmer*in hat und welche Bedeutung Arbeitnehmer*innen haben, Teil der ökonomischen Bildung sein sollte. Das sollte auch aus unserer Stellungnahme hervorgehen.

Dementsprechend blicken wir kritisch darauf, dass mittlerweile viele Unternehmen eigene Bildungsmaterialien herausbringen. So entsteht ein gewisser Bias in eine Richtung.

Zur Frage der Grünenfraktion. Politik, Wirtschaft, Geschichte und Philosophie behandeln Themen, die in all diesen Fächern ihre Berechtigung haben und diskutiert werden sollten. Das Thema „Konsum“ steht in Philosophie auf dem Lehrplan. Das Thema philosophisch zu hinterfragen ist genauso wichtig wie zu verstehen, wie Konsum und wie Wertbildung bei Produkten funktioniert. Dementsprechend ist das nicht voneinander zu trennen.

Verena von Hugo (Flossbach von Storch Stiftung): Zu den Fortbildungen. Inhaltlich fehlt die Verbraucherbildung mit ihren großen Schnittmengen mit der Finanzbildung.

Aus meiner Sicht wird mit Entrepreneurship Education gar nicht bezweckt, dass alle Unternehmen gründen, sondern vielmehr, dass Zukunftskompetenzen vorhanden sind, um in Organisationen eigenverantwortlich bzw. verantwortlich handeln zu können. Man muss es also weiter als nur in Bezug auf Gründungen denken. Entrepreneurship Education hängt eng auch mit Zukunftskompetenzen wie Kreativität, Problemlösungen, Teamarbeit, Diversität in Teams in Prozessen zusammen.

Betriebswirtschaftliche Aspekte und Aspekte der privaten Haushalte spielen in Nordrhein-Westfalen derzeit deutlich zu wenig eine Rolle. Auf diese spezifischen Denkweisen und Fachkonzepte muss man sich meines Erachtens künftig mehr konzentrieren.

Der Fächerkanon ist gegeben, und die Studentafel soll nicht weiter ausgedehnt werden – die Jugendlichen sollen definitiv nicht länger zur Schule gehen müssen –, weshalb sich immer die Frage stellen wird, wie die für die Zukunft relevanten Inhalte untergebracht werden können. Daher ist es wichtig, dass sich in allen Fächern stärker auf die elementar wichtigen Fachkonzepte konzentriert wird und andere Elemente auch gestrichen werden.

Niemand hier würde sagen, nur die ökonomische Bildung sei wichtig. Die politische Bildung ist ebenfalls wichtig. Es geht nur um die Frage, wie man beide am besten vermittelt und unterrichtet. Da sind die Ansätze hier unterschiedlich. Eine Reduzierung

auf wenige Fachkonzepte, die dann aber mithilfe verschiedener Methoden und Kompetenzfelder vertieft behandelt werden, würde eine Grundlage dafür schaffen, dass Transferwissen bei anderen Problemfällen angewendet werden kann.

Wirtschaft lebt sehr stark von Aktualität und Bezügen zur Realität. Daher halte ich den Austausch mit Betrieben, mit Expertinnen und Experten, also Praxiskontakte, für sehr wichtig – unter der Voraussetzung, dass sich alle dem Beutelsbacher Konsens verschreiben. Die Schule muss ein pädagogisch geschützter Raum bleiben. Werbung und Vertriebsabsichten haben dort nichts zu suchen. Für außerschulisch entstehende Materialien könnte es zum Beispiel einen Code of Conduct geben, dem sich alle, die Materialien erstellen, verpflichten und anhand dessen stichprobenartige Prüfungen erfolgen.

Zu den Fortbildungen ergänze ich noch, dass Lehrkräfte dabei sozusagen aus der Isolation geholt werden und in ihrem Einzelkämpfertum entlastet werden. Es könnte zum Beispiel Kohorten bzw. Sparringpartner geben, die über die fachliche Fortbildung hinaus auch in Erprobungsphasen zusammenarbeiten und schauen, wie es im Unterricht läuft. Daran anschließend könnten im Rahmen einer Fortsetzung der Fortbildung Erfahrungen ausgetauscht werden. Ein solches Vorgehen ist im Bildungssystem derzeit noch nicht stark verankert. Es zeigt aber, wie wichtig längerfristige und bestenfalls natürlich qualifizierende Fortbildungsmaßnahmen sind.

Wichtig sind mir auch die vulnerablen Zielgruppen. Sie haben aktuell wenig Zugang zu aktivem Wirtschaften. Herr Bala sagte, ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler lebe in Armut. Da braucht es niedrighschwellige und passende Bildungsangebote auch in den Fortbildungen, damit in der Schule später differenzierter Unterricht erfolgen kann. In Mathematik, Deutsch und Englisch ist das schließlich ebenfalls der Fall. Die Abgehängten dürfen nicht vergessen werden. Ebenso darf die Rolle der ökonomischen Bildung bei der Förderung von sozialer Mobilität, wenn sie denn gewünscht ist, nicht unterschätzt werden.

Prof. Dr. Nils Goldschmidt (Universität Siegen): Frau Müller-Rech, Sie haben uns fachlich tatsächlich beinahe versöhnt – menschlich ist das gar nicht nötig.

Ich unterstreiche das von Frau von Hugo zur Lehrerfortbildung Gesagte. Mit Blick auf die nötige Aktualität sollten Zertifikatskurse, an denen teilgenommen werden muss, angeboten werden.

An der Universität Siegen gibt es einen Erweiterungsstudiengang für Lehrerinnen und Lehrer, die sich vertieft mit etwas befassen wollen. Sie können online daran teilnehmen. Das muss es ja nicht nur für Wirtschaft geben, sondern kann genauso für Politik der Fall sein. Wesentlich ist, dass solche Dinge gestärkt werden.

Noch einmal zu den Schulbüchern. Wie Frau von Hugo angedeutet hat, muss viel mehr über Fachkonzepte und weniger über deklaratives Wissen, also Erzählwissen, nachgedacht werden. Schulbücher enthalten zahlreiche Geschichten und alles Mögliche, aber nur selten die eigentlichen ökonomisch geprägten Fachkonzepte. Das Gefangenendilemma, das Schülern relativ einfach zu erklären ist und grundsätzlich darlegt, wie Ökonomen denken, also in welchen Anreizsystemen und Ähnliches, ist in kaum einem Schulbuch enthalten. Das muss aber das Ziel sein.

Ich denke, damit würde sich das von Herrn Engartner thematisierte Problem, dass die Studentafel natürlich nicht ausgeweitet werden kann, ein Stück weit lösen. Die Fachmethoden, die Fachkonzepte werden im Studium vertieft, sollten aber auch im Unterricht vermittelt werden. Ich brauche hier nicht zu erwähnen, dass es mittlerweile auch andere Zugänge zu Informationen gibt. Was aber fehlt, ist das Erlernen von Fachkompetenzen. Man muss nicht alle Jahreszahlen auswendig lernen, um etwas zu verstehen, muss aber verstehen, wie ein Historiker arbeitet. Ebenso muss man verstehen, wie ein Ökonom arbeitet. Daran sollte gearbeitet werden, und daran sollten auch gute Schulbücher gemessen werden.

Angelehnt an Friedrich August von Hayek wurde eben darauf hingewiesen, dass ein Ökonom, der nur ein Ökonom ist, kein guter Ökonom ist. Das ist durchaus richtig. Nun kann man aus der Lyrik und der Kunstgeschichte viel über Bäume lernen, aber auch in der Biologie kann man viel über Bäume lernen. Nur weil man in beiden Fächern etwas über Bäume lernen kann, werden Kunstgeschichte und Biologie aber nicht zusammen unterrichtet. Für die Schulen ist die Fachlichkeit wesentlich.

Auch wesentlich sind gute Aufgaben. In unserer Schulbuchstudie haben wir auch die Aufgaben untersucht. Das Ergebnis lautet, dass fast selten wirklich Urteile gefordert sind und reflektiert werden muss. Ganz oft ist deklaratives Wissen gefragt. Es soll also erlerntes Wissen wiedergegeben werden, was nicht zu Eigenständigkeit führt.

Wir haben uns auch die Lehrkräftebände angeschaut; zu jedem Schulbuch gibt es ja auch einen Lehrkräfteband. Wenn es knifflig wird, ist in den Lehrkräftebänden fast immer „individuelle Schülerlösung“ zu lesen, weil den Autoren nicht eingefallen ist, wie man die Aufgaben, die sie gestellt haben, selber lösen kann. Das ist natürlich schwierig. Man muss sich also Schulbücher und andere Materialien intensiver anschauen.

Außerdem haben wir versucht, herauszufinden, wer die Schulbücher geschrieben hat. Ist „Thomas Müller“ als Autor angegeben, findet man relativ viele Personen mit diesem Namen. Wahrscheinlich hat nicht der FC-Bayern-Spieler an dem Buch mitgeschrieben. Die Verlage geben keine Auskunft dazu. Man muss das doch nachprüfen können. An vielen Schulbüchern zu Wirtschaft und Politik haben keine universitären Fachwissenschaftler oder Fachdidaktiker mitgearbeitet. Natürlich müssen sie nicht nur von Hochschullehrerinnen und -lehrern erstellt werden, aber sie sollten doch daran mitarbeiten.

Ich unterstreiche das von Herrn Bala Gesagte. Es zeigt noch einmal, dass das Fach, wie Sie sagen, plural abgebildet werden muss. Die Ökonomik ist kein monolithischer Block; sie hat viele Facetten, die im Wandel sind. Das Fach ist heute ein ganz anderes als vor 30 Jahren. Das wird in der Schulbuchrealität und auch in der Ausbildung überhaupt nicht abgebildet. Diese pluralen Ansätze sind nötig.

An der Stelle mache ich noch einmal Werbung für die Universität Siegen. Wir haben den ersten deutschsprachigen Masterstudiengang für plurale Ökonomik eingeführt und unseren Erweiterungsstudiengang auch daran ausgerichtet, um diese Breite abzubilden.

Herr Bala, diese Breite erreicht man aber nur, wenn man Lehrerinnen und Lehrern den Raum gibt, das kennenzulernen. Wenn sie, wie Sie sagen, etwas über Marxismus, Keynesianismus, feministische Ökonomik, Neoklassik und Neoliberalismus lernen

wollen, dann braucht das Zeit. Will man dann auch noch historisch reflektieren, ist es ein wirklich sehr komplexes Fach. Die Wirtschaft ist aber ja auch in der Realität sehr komplex und facettenreich. Warum sollte das nicht in die Schulen und in die Ausbildung hineingetragen werden?

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Ich gehe kurz auf das Zentralabitur ein. Dafür werden acht Aufgaben entwickelt. Ungefähr 80 % dieser Aufgaben haben einen ökonomischen Anteil, wenn nicht sogar einen ökonomischen Schwerpunkt. Das gilt vor allem für die Aufgaben, die für den Bereich „Sozialwissenschaft und Wirtschaft“ konzipiert werden. Es ist also durchaus schon heute möglich, sich im Abitur vertieft mit ökonomischen Fragestellungen auseinanderzusetzen.

Zur Frage von Frau Winkelmann hinsichtlich der Schulbuchanalyse und der Qualität von Schulbüchern. Aus den letzten gut 20 Jahren gibt es diverse Schulbuchstudien für den Bereich „ökonomische Bildung“. Diese sind oft stark interessenpolitisch gesteuert und kamen zu dem Ergebnis, dass die Schulbücher unternehmerfeindlich seien oder Kapitalismuskritik enthielten. Das entspricht so nicht den Tatsachen. Es wird sogar so weit getrieben, dass gesagt wird, die Schüler lernten unternehmerfeindliche Perspektiven und seien unternehmerfeindlich, weil es so in den Schulbüchern stehe. Die empirische Forschung besagt etwas anderes. Schülerinnen und Schüler haben insgesamt ein positives Unternehmer- und Unternehmerinnenbild.

Man kann an Schulbüchern Kritik üben. In der Tat könnte man manche Schulbücher innovativer gestalten. Der Behauptung, Schulbücher seien grundsätzlich im Unterricht nicht einsetzbar, weil sie erhebliche Mängel aufwiesen, widerspreche ich aber. Die Schulbücher in Nordrhein-Westfalen werden im Rahmen eines Zulassungsverfahrens geprüft.

Nun muss man aber auch sagen, dass Schulbücher sich an den Curricula orientieren. Es gibt außerdem bestimmte Seitenvorgaben, mit denen man arbeiten muss. Die Schulbuchautorinnen unterliegen also Restriktionen. Insofern ist spannend, dass vor allem Schulbücher, die für den Wirtschaftsbereich im berufsbildenden Bereich konzipiert werden, wenig Pluralismus hinsichtlich der ökonomischen Paradigmen enthalten. Genau das, was jetzt da, wo es das Fach Wirtschaft gibt, gefordert wurde, trifft häufig nicht zu.

Es gibt also durchaus berechtigte Kritik an Schulbüchern. Doch wäre ich diesbezüglich zurückhaltender. Schulbuchautorinnen und -autoren sind häufig Lehrkräfte. Früher waren es oft Universitätsprofessorinnen. Die haben sich aber zurückgezogen, weil es offensichtlich teilweise nicht mehr einträglich genug ist.

Ich wurde außerdem in Bezug auf die Ausweitung der Verzahnung von Schule und Unternehmen auch mit Blick auf Start-ups gefragt. Mittlerweile gibt es vielfältige Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen. Vor allem bei Betriebspraktika ist das häufig der Fall. Das ist übrigens auch die Art von Begegnung mit Unternehmen, die die Schülerinnen und Schüler in einer Befragung am positivsten bewertet haben. Auch mit Blick auf die Berufsorientierung bewerten sie das positiv. Das heißt nicht, dass man das unendlich ausdehnen sollte. Beschäftigt man sich aber damit, welche Methoden den

Schülerinnen und Schülern etwas bringen und welche nicht, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass man empirisch noch etwas intensiver darauf blicken sollte. Es muss nicht immer eine Ausweitung folgen. Am Ende ist die Qualität entscheidend.

Herr Engartner ist schon auf die Schülerfirmen eingegangen. Mittlerweile hat fast jede Schule in irgendeiner Form eine Schülerfirma, oder es wurden schon einmal Schülerfirmen gegründet, die nach ein oder zwei Jahren wieder eingestellt werden. Untersuchungen aus Schweden zeigen, dass die Beteiligung an Schülerfirmen nicht dazu motiviert, ein Unternehmen zu gründen. Teilweise ist das Gegenteil der Fall.

Das ist sicherlich gut nachvollziehbar, weil es zahlreicher Voraussetzungen bedarf, um ein Unternehmen zu gründen und zu führen. Darüber brauchen wir nicht lange zu diskutieren. Ich komme aus einem Unternehmerhaushalt und weiß, was es bedeutet, sich diesbezüglich Sorgen zu machen. Wie läuft der Betrieb? Wie geht das mit den Beschäftigten?

Deswegen sollten wir nicht so kritisch darauf blicken. Die Schülerinnen und Schüler bekommen in den Schulen ein durchaus differenziertes Bild von Unternehmen und vom Unternehmertum. Die Kritik an den Schulbüchern würde ich insgesamt etwas zurückhaltender formulieren.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich möchte die von der geschätzten Kollegen Stich gestellte Frage auch noch Frau Hunecke, Herrn Helten-Hildwein und Herrn Professor Goldschmidt stellen. Bei der Frage ging es um die Verknüpfung von Schulen und Betrieben. Wir sind uns wohl alle einig, dass wir keine Ökonomisierung von Bildung in dem Sinne wollen, dass Lehrinhalte in Schulen von der Wirtschaft bestimmt werden. Sicherlich wollen wir aber doch auch nicht das Gegenteil, nämlich dass Betriebe aus den Schulen ausgeschlossen sind. Damit würde eine Lebensrealität ausgeschlossen. Unsere Aufgabe ist, eine ausgewogene Balance zu finden. Mir geht es da auch um den Blick auf Entrepreneurship Education. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig und sinnvoll, um die Kooperation zwischen Betrieben und Schulen effizient und bildungsförderlich zu gestalten?

Jonathan Grunwald (CDU): Ich habe zwei Fragen, und zwar an Frau von Hugo und an unternehmer nrw. Mir geht es weiter um die Inhalte des Unterrichts. Welche Rolle können außerschulische Partner aus Ihrer Sicht spielen? Können Sie einen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskompetenz leisten? Falls Sie das bejahen: Welche Partner schweben Ihnen vor, die man einbinden könnte? Wie könnte man das tun?

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Ich habe abschließend noch eine Frage an Frau Zurstrassen. In Ihrer Stellungnahme gehen Sie auf das Thema „Berufsorientierung“ ein. Dieser Aspekt hat in der Debatte bislang nicht so recht Berücksichtigung gefunden. Das Thema ist Teil der ökonomischen Orientierung. Sie schreiben, es gebe Verbesserungsbedarf. Welche Maßnahmen können Sie sich diesbezüglich vorstellen?

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Zur Frage nach der Berufsorientierung. Mittlerweile ist bekannt, dass die Berufsorientierung ein maßgeblicher Part dessen ist, was die Schulen leisten müssen, wobei sie neben den Familien und der Peergroup nur ein Teil der Sozialisationseinflussinstanz sind. Nichtsdestotrotz hat die Schule die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler dabei zu begleiten.

Aus diversen Untersuchungen wissen wir, dass das unzureichend geschieht, wenn auch die Ansprüche von Schülerinnen und Schülern oft so sind, dass sie von der Schule nicht erfüllt werden können.

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an Berufsorientierungsmaßnahmen. Sie sind in den letzten Jahren massiv ausgeweitet worden, ohne zu fragen, welche davon tatsächlich sinnvoll sind. Man müsste als Erstes in die Empirie schauen und als Zweites noch intensiver empirisch dazu forschen. Welche Maßnahmen tragen tatsächlich dazu bei, dass sich Schülerinnen und Schüler beruflich orientieren können, damit sie Sicherheit bei der Wahl ihres Ausbildungsplatzes gewinnen? Positiv werden beispielsweise Betriebspraktika bewertet. Relativ kritisch wird zum Beispiel die Potenzialanalyse gesehen. Teilweise werden auch all die Betriebsbesichtigungen von den Schülerinnen und Schülern als weniger effektiv bewertet.

Zentral ist auch, dass noch so viel Berufsorientierung durchgeführt werden kann, wenn die Betriebe gerade leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern nicht die Möglichkeit eröffnen, eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Beispielsweise die Untersuchung von DGB-Jugend zeigt sehr deutlich, dass sich die meisten Ausschreibungen für Ausbildungen nicht an Hauptschüler, Hauptschülerinnen, Förderschüler und Förderschülerinnen richten. Damit wird eine Gruppe automatisch aus dem gesamten Prozess ausgeschlossen. Da muss in die Berufsorientierung investiert und vor allen Dingen müssen intensiver Möglichkeiten entwickelt werden, wie man diesen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben kann, Eingang in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Berufsorientierung muss also vor allen Dingen in den Schulformen gestärkt werden, wo sie eigentlich schon jetzt stark ist. Sie muss trotzdem da noch mehr gestärkt werden, wo Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Bildungsvoraussetzungen oder auch ihrer sozialen Herkunft in starkem Maß benachteiligt sind.

In den letzten Jahren ist einiges entwickelt worden. Das muss noch viel stärker zwischen den Schulen verzahnt werden. Das heißt, dass es die Möglichkeit geben muss, Schülerinnen und Schüler in die Berufe hineinzubringen, damit sie eine Ausbildung aufnehmen können.

Ich unterstütze die Forderung, dass im gymnasialen Bereich die duale Ausbildung stärker sichtbar gemacht werden sollte. Das passiert aber. Gymnasiastinnen und Gymnasiasten steigen verstärkt in die duale Ausbildung ein. Nichtsdestotrotz haben die Lehrkräfte da relativ wenig Zugang. Da kann sicherlich noch Weiteres eröffnet werden.

Heike Hunecke (unternehmer nrw): Ich beginne mit der Frage zum Thema „Koope-ration von Schulen und Betrieben“. Wir als unternehmer nrw befürworten das ebenso wie SCHULEWIRTSCHAFT natürlich nicht nur, sondern helfen auch, das umzusetzen.

Dabei wollen wir natürlich keineswegs, dass Versicherungen ihre Flyer in die Schulen tragen oder irgendwelche Unternehmen versuchen, direkt in den Klassenzimmern die nächsten Fachkräfte anzuheuern.

Uns ist der von Frau von Hugo erwähnte Beutelsbacher Konsens sehr wichtig. Es gibt ihn schon lange. Es gibt ein Selbstverständnis von SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland. Auch dem fühlen wir uns äußerst verpflichtet. Ansonsten würden wir unsere eigene Arbeit, unseren eigenen Ruf ruinieren.

Bei „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist es so angelegt, dass Schulen mit Betrieben kooperieren. In Nordrhein-Westfalen ist es so, dass es zu 99 % kleine Betriebe gibt. Man muss man sich einmal vor Augen führen, dass man da nicht über Siemens thyssenkrupp oder Miele spricht, sondern über ganz viele kleine Betriebe, die dringend Nachwuchs suchen.

Die Schulen sollen auf Ausbildungsberufe vorbereiten. Schüler und Schülerinnen finden aber schon seit zehn Jahren immer dieselben Top-Ten-Berufe interessant. Deswegen befürworten wir ausdrücklich, dass Schulen mit außerschulischen Partnern zusammenarbeiten. Wir unterstützen auch Formate für kleinere Betriebe und Schulen, die Schwierigkeiten mit dem Knüpfen von Kontakten haben, wie den Berufsparcours mit dem Technikzentrum Minden-Lübbecke. Insbesondere leistungsschwächere Schüler und Schülerinnen, die nicht durch gute Zeugnisnoten auffallen, bekommen so einen Zugang zu regionalen Betrieben. Dabei geht es weder den Betrieben um Hochglanz noch den Jugendlichen darum, mit Auftritten zu brillieren. Vielmehr ist es eine einfache Möglichkeit, berufstypische Übungen auszuprobieren und auf Augenhöhe mit den Auszubildenden darüber zu reden, wie der Verdienst aussieht und eine Ausbildung abläuft. Wir ermutigen ausdrücklich alle Schulen, die im Rahmen von KAOA ohnehin mit Betrieben zusammenarbeiten, über Betriebspraktika hinauszudenken.

In Bezug auf außerschulische Partner ist mir ganz wichtig, eine Zielgruppe mit in den Blick zu nehmen, die sowohl für die ökonomische Bildung als auch für die berufliche Orientierung sehr wichtig ist, nämlich die Eltern. Wenn sie nicht gerade in Armutsverhältnissen leben, üben Eltern im Regelfall einen Beruf aus. Ich denke nicht, dass es irgendwie böse gemeint ist, wenn Berufe von Eltern, von Müttern und Vätern, vorgestellt werden, und zwar in der ganzen Spannweite. Das ist sehr authentisch und zeigt auch, welche Werdegänge die Eltern haben. Zum Teil waren sie nicht gerade. Bei ökonomischer Bildung und beruflicher Orientierung sind die Eltern aus meiner Sicht also eine wichtige Zielgruppe und Partner der Schule, und zwar nicht wirklich außerschulische Partner, weil sie ohnehin mit einem Fuß mit im System drinstehen. Sie sollten einbezogen werden.

SCHULEWIRTSCHAFT und unternehmer nrw gehen mit Blick auf Entrepreneurship selbstverständlich nicht davon aus, dass jeder zweite Schüler, jede zweite Schülerin ein Unternehmen gründet. Das ist uns wichtig. Als absolut existenziell empfinden wir aber die Ausbildung von Future Skills wie Problemlösungskompetenz und Kreativität. Frau von Hugo hat sie eben aufgezählt. So etwas kann man in einer Schülerfirma üben. Selbst wenn die Schülerfirma nach zwei Jahren nicht mehr besteht, hat man in der Zeit aber ein bisschen etwas über sich selbst gelernt und vor allen Dingen Talente

entdeckt, die vielleicht nicht im Zeugnis dokumentiert sind, für das Leben in der Arbeitswelt aber absolut grundlegend sein können.

Beim Thema „ökonomische Bildung“ finde ich auch wichtig, dass nicht immer nur über – ich sage es bewusst ironisch – gefährliche Erwachsene gesprochen werden muss. Vielleicht kann auch über Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter gesprochen werden. Das sind junge Menschen, die sich selbst in der Ausbildung befinden und Schwierigkeiten mit ihrem Weg von der Schule in die Arbeitswelt hatten. Sie können sehr glaubwürdig und echt von ihren eigenen Pleiten, Pech und Pannen berichten, aber auch über ihre Wegfindung sprechen und den Jugendlichen erklären, wie sie ihren Weg in die Arbeitswelt finden konnten und wie sie selbst gelernt haben, einen Haushalt zu führen.

Verena von Hugo (Flossbach von Storch Stiftung): Dem Gesagten schließe ich mich an, hebe aber noch die Bedeutung von Aushilfsjobs hervor. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass erst da so richtig der Groschen fällt, dass es eine reale Welt ist, in der man in Teams zusammenarbeitet, am Ende des Monats Geld bekommt und sich, wenn man frei haben möchte, abstimmen muss, ob das mit den Schichten usw. hinkommt. Neben den Praktika ist das ein ganz wichtiges Momentum, wo junge Menschen sehr wertvolle Erfahrungen sammeln können, die aber – jetzt kommt der Punkt, was Schule damit zu tun hat –, reflektiert und eingebunden werden müssen. Es besteht ein bisschen die Gefahr, dass junge Leute damit schon so viel Geld verdienen, dass sie für sich beschließen, sich nicht weiter zu qualifizieren, da hängenbleiben und irgendwann an eine Betondecke stoßen. Das muss reflektiert werden.

Die Nachbarschaftshilfe hat viele soziale, gemeinschaftsstärkende Aspekte, ist aber auch mit Blick auf den Fachkräftemangel bzw., noch dramatischer, den Arbeitskräftemangel wichtig. Da kann man aus der Not eine Tugend machen und jungen Menschen frühzeitig die Möglichkeit geben, in Teams in arbeitsberuflichen Kontexten Erfahrungen zu sammeln. Man kann ein halbes Jahr im Getränkemarkt, ein halbes Jahr in der Tierhandlung arbeiten und ein halbes Jahr Blumen verkaufen.

Ich knüpfe ich an Frau Hunecke an. Viele junge Menschen wissen, wenn sie ihre Ausbildung anfangen, gar nicht, dass es Unterschiede gibt und man in ganz gut Verdienende, die Mittleren und die klassischen Berufe, in denen das Entgelt so gering ist, das an eine eigene Wohnung usw. nicht zu denken ist, gedrittelt aufteilen kann. Das sind Bestandteile der Berufsorientierung, die heutzutage definitiv noch zu kurz kommen.

Das Handwerk muss insgesamt eine große Aufwertung erfahren. Vor lauter Device-Nutzung verstümmeln sozusagen schon die Daumen. Es geht ums Anpacken. Maler/Anstreicher sind ein gutes Beispiel. Sie können mit Schulen kooperieren und dort bei Renovierungsarbeiten helfen. Die Schülerinnen und Schüler werden eingebunden und erfahren viel über den Beruf. Bei Handwerksberufen, in denen mit Gefahrgut oder schwerem Gerät umgegangen wird, ist es ein bisschen gefährlicher. Es geht mir aber darum, zu dieser Influencer-Welt ein Gegengewicht zu haben und ein Sozialpraktikum und ein handwerkliches Praktikum für alle zu haben, um das Berufsspektrum abzubilden.

Es wurde auch gefragt, welche außerschulischen Partner eingebunden werden sollen. Ich schwenke noch einmal zur ökonomischen Bildung, zur Wirtschafts- und Finanzbildung, und zwar in kognitiver Sicht. Es ist wichtig, da anzuknüpfen, wo junge Menschen schon Erfahrungen sammeln. Das sind zum Beispiel Handyverträge oder Buy-now-pay-later-Angebote. Ich halte sehr viel von den Verbraucherzentralen und den Schuldnerberatungen. Die Überschuldung in Deutschland sinkt, nur in der Kohorte der 18- bis 30-Jährigen steigt sie, und zwar nicht ohne Grund. Wichtig wäre also, frühzeitig zu sensibilisieren und schon in den Klassen zu schauen, wie die Streuung ist und wie viele schon ein Konsumverhalten aufweisen, das ziemlich klar in Überschuldung münden muss.

Regionale Unternehmen wurden schon angesprochen. Wichtig ist auch die Finanzbildung. Ich halte es für ganz wichtig, dass thematisch jeder, der die Schule verlässt, den Unterschied zwischen Absicherung, Vorsorge und Vermögensaufbau kennt. Setzt man zusätzlich an den drei Säulen unseres Rentensystems, also gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge an, hat man ein Konstrukt, anhand dessen man sich ganz gut ins Leben hangeln kann.

Bei der Wirtschafts- und Finanzbildung mit außerschulischen Partnern darf es natürlich keine Produktwerbung geben, der Beutelsbacher Konsens muss beachtet werden und sie muss unabhängig sein. Es geht eher um strukturelles Wissen. Da möchte ich noch eine Lanze für die ökonomische Bildung brechen. Sie hat auch Bedeutung, wenn die Kinder das gewonnene Wissen in die Elternhäuser tragen. Es gibt flächendeckend einen großen Mangel an ökonomischer Bildung in privaten Haushalten. Das gilt zum Beispiel dafür, dass das, was verteilt wird, auch erwirtschaftet werden muss. Die Wirtschaft schrumpft das zweite Jahr in Folge. In Deutschland gibt es das siebte Jahr in Folge eine abnehmende Produktivität. Das muss den Leuten klar werden. Da hilft Berufsorientierung sehr. Das theoretische, also kognitive Wissen und die praktische Erfahrung kann von den Kindern zu den Eltern getragen werden und sich so verbreiten.

Prof. Dr. Nils Goldschmidt (Universität Siegen): Frau Zurstrassen und Herr Engartner haben bereits thematisiert, dass es auch in Bundesländern mit wenig ökonomischer Bildung Start-ups und Ähnliches gibt. Mir würden viele Gründe einfallen, aus denen vielleicht die Start-up-Szene in Berlin so hoch ist. Ich würde nicht versuchen, das monokausal zu erklären. Nur darf man nicht im Umkehrschluss denken, dass man weniger ökonomische Bildung machen sollte, weil die Schülerinnen und Schüler dann aus Unwissenheit mehr gewillt sind, ein ökonomisches Risiko einzugehen. Das sollte nicht das Ziel sein. Vielmehr ist gute und detaillierte Bildung zu unternehmerischem Wissen nötig.

Frau Zurstrassen, ich würde es andersherum als Sie sagen. Man muss vorsichtig sein. Wir haben die Schulbuchstudie mit einer Vollerhebung gemacht und mit MAXQDA ausgezählt. Sie ist also empirisch wirklich sehr sauber und hat ergeben, dass Unternehmer und vor allem Unternehmerinnen fast gar nicht vorkommen. Die Themen sind also unterbelichtet. Das muss man als Fakt so anerkennen. Welche Konsequenzen man daraus zieht, sei dahingestellt. Es spielt jedenfalls de facto keine Rolle. Auch Migrantinnen und Migranten als Unternehmerinnen und Unternehmer spielen in Schulbüchern

keine Rolle. Es werden Stereotypen von Frauen in klassischen Rollenmustern dargestellt. Das ist so, wir müssen uns an die Fakten halten.

Auch die Bedeutung unternehmerischer Dynamik für Wandel und Transformation wird in keinster Weise beleuchtet. Insbesondere die Rolle des Staates wird stark betont.

Das Wesentliche zum Verhältnis von Schule und Betrieben, von Schule und Unternehmertum hat Frau von Hugo schon gesagt. Die beiden Felder müssen auch ein bisschen getrennt werden. Spezifische ökonomische Bildung ist eine dauerhafte Aufgabe von Schulen. Sie muss in einem Fach oder im Zweifel in einem Integrationsfach umgesetzt werden. Andererseits muss auch die Praxis und die Lebenswirklichkeit in die Schulen hineingetragen werden, und zwar durch Besuche von Unternehmern und Unternehmerinnen sowie von sozialen Dienstleistern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das ist wichtig, um Kontakt mit der Berufswelt, mit unterschiedlichen Berufsfeldern herzustellen.

Das bringt mich zu meinem Umkehrschluss. Es geht um Fachlichkeit. Wenn es gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in der ökonomischen Bildung gibt, ist denen doch nicht Angst und Bange, wenn ein Unternehmer kommt. Sie wissen dann doch, es didaktisch einzuordnen, aufzufangen und differenziert darzustellen. Das Gleiche gilt für Unterrichtsmaterialien. Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer schauen auf die Unterrichtsmaterialien und darauf, ob sie tendenziös sind und ihnen etwas entgegengestellt werden muss. So viel Vertrauen müssen wir in die Lehrerinnen und Lehrer doch haben. Deswegen müssen wir sie aber eben auch besonders gut, sorgfältig und intensiv für ihr jeweiliges Fach ausbilden. Ich plädiere also noch einmal für Fachlichkeit, Fachkompetenz und Fachmethoden.

Franziska Müller-Rech (FDP): Damen und Herren Sachverständige, ich konfrontieren Sie nun mit einem tagesaktuellen Vorschlag. Heute Morgen hat der Sachverständigenrat der Wirtschaftsweisen einen Vorschlag unterbreitet, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, Frau Honeckes, Herrn Helten-Hildweins, Frau von Hugos und Herrn Professor Goldschmidts Meinung dazu zu hören.

Herr Vorsitzender, Sie erlauben, dass ich ein bisschen ausführe. Laut der Wirtschaftsweisen soll der Staat alle Kinder und Jugendlichen mit einem Kinderstartgeld ausstatten, um sie über dieses Startkapital früh mit Geldanlage und Altersvorsorge vertraut zu machen. Die konkrete Idee lautet, dass Kinder ab dem sechsten Lebensjahr jeden Monat Fondsanteile im Wert von zehn Euro erhalten. Bis zum 18. Geburtstag kämen inklusive Rendite rund 2.000 Euro zusammen. Mit ihrer Volljährigkeit könnten die Jugendlichen frei über dieses Geld verfügen. Ziel sei, die Finanzbildung zu verbessern, um dies – neben dem kleinen Vermögensaufbau – auch Familien mit geringem Einkommen zu ermöglichen. Im Sinne finanzieller Bildung sollen auch die Familien mit geringem Einkommen davon profitieren.

Wie bewerten Sie diesen Vorschlag hinsichtlich seines Beitrags zur finanziellen Bildung?

Kirsten Stich (SPD): Ich möchte die von Frau Müller-Rech gestellte Frage hinsichtlich ihres bildungspolitischen Aspekts auch an Herrn Professor Engartner richten.

Prof. Dr. Nils Goldschmidt (Universität Siegen): Frau von Hugo hat heute schon ein Interview dazu gegeben. Daher wird sie sicherlich Weiteres dazu sagen können.

Ich würde sagen, dass es per se gut ist, nach Möglichkeiten zu suchen, um reale Erfahrungen mit ökonomischen Projekten zu ermöglichen. Allerdings bin ich mir da ein bisschen unsicher, wo man die soziale Komponente mit einer Bildungskomponente verknüpft, wo sie möglicherweise gegenteilig ist.

Ein solches Projekt müsste man gut begleiten – vielleicht durch ein Fach Wirtschaft in den Schulen –, damit Schülerinnen und Schüler ein Gespür dafür bekommen, was sie da eigentlich machen und was da passiert. De facto werden schließlich Eltern, die einen schwächeren Bildungshintergrund haben, ihre Kinder schlechter begleiten und unterstützen können. Daher müsste eine solche Begleitung auf jeden Fall sichergestellt werden.

Dass es einen so tiefgreifenden Effekt gibt, wie ihn genuine ökonomische Bildung an Schulen hat, bezweifle ich und wäre wie gesagt vorsichtig dabei, diese beiden Zielsetzungen miteinander zu verknüpfen. Vielmehr sollte man die beiden Dinge auseinanderhalten und überlegen, ob es eine Maßnahme sein kann, um Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten bei entsprechender Begleitung zu unterstützen.

Man muss überlegen, ob das ein gutes Bildungsziel beinhaltet. Ich wäre der Auffassung, dass systematischer Unterricht zu wirtschaftlichen Themen und eine Stärkung der Schulen sowie der Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern der beste Weg ist. Man müsste es austarieren.

Da diese Meldung so aktuell ist und ich heute Morgen im Flugzeug saß, kann ich derzeit noch nicht detaillierter dazu Stellung nehmen.

Verena von Hugo (Flossbach von Storch Stiftung): Ich halte den Vorschlag für eine grandiose Lernoption, und zwar für alle, für die gesamte Bevölkerung. Die Kinder sollen das Geld ab dem 6. Lebensjahr erhalten. Die Eltern sollen vorher auswählen, welches Fondsprodukt gewählt werden soll. Ab ihrem 15. Lebensjahr können die Kinder das verändern und ihre eigenen Präferenzen geltend machen. Das ist eine Lernoption in einem geschützten Raum. Sie beinhaltet eigentlich alles, was mit der Finanzbildung erreicht werden soll.

Seeber und Oberrauch haben gezeigt, dass Wirtschafts- und Finanzunterricht in allen sozioökonomischen Gruppen zu signifikant besserem Verhalten und mehr Wissen führt. Zu diesem Ergebnis sind auch OECD-Initiativen wie das International Network on Financial Education gekommen. Das Netzwerk wurde ins Leben gerufen, um über Wirtschaft und Finanzbildung die Resilienz gegen Krisen in der Bevölkerung zu stärken.

Würde man dem Vorschlag folgen, würde das bedeuten, dass frühzeitig gelernt wird, dass es nur kleine Beträge braucht bzw. es mit über einen langen Zeitraum regelmäßig investierten kleinen Beträgen zumindest möglich ist, nicht nur zu sparen, sondern auch

zu investieren und damit in der Realwirtschaft das Geld zur Verfügung zu stellen, während man im Gegenzug durch Renditen davon profitiert. Man lernt auch, das Geld liegen zu lassen, die Bewegung an den Kapitalmärkten zu erleben und auszuhalten, dass es auch einmal herunter geht. Meistens ging es dann auch wieder bergauf. Das sieht man über die letzten 20, 30 Jahre, weil es an die Realwirtschaft gekoppelt ist. Das ist keine Spekulation, das sind keine Luftnummern. Das Geld geht in den Kapitalmarkt, und damit arbeiten Unternehmen. Daran beteiligt man sich als Privatanleger und kann davon profitieren.

Es ist eine grandiose Idee, in einem geschützten Raum vom 6. bis zum 18. Lebensjahr als Eltern und Kinder diese Erfahrung zu sammeln. Das ist wichtig, damit die Breite der Bevölkerung, also auch die ökonomisch Schwächergestellten und Benachteiligten, davon profitieren. Damit muss ein gutes Finanz- und Wirtschaftsbildungsprogramm einhergehen. Bevor man nach der Schule alle wieder zusammenbringen und schauen muss, wo man sie erreicht, wäre es natürlich besonders sinnvoll, das in der Schule stärker zu verankern. Auch das lebenslange Lernen und damit Volkshochschulen sind für junge Erwachsene sowie Ältere wichtig, um die Wirtschafts- und Finanzbildung zu verankern.

Ein smarterer Move, den man als Deutschland vielleicht machen könnte, wäre, sich am Finanz-PISA-Test zu beteiligen. Das sage ich nicht, weil ich PISA so toll finde, sondern weil es Aufmerksamkeit auf diese Schlüssel- und Zukunftskompetenz lenken würde, die allen Menschen in unserer Gesellschaft zugutekommt.

Noch einmal einzuordnen ist, dass die Deutschen bei der Abfrage von Sachwissen immer ganz gut abschneiden. Schlecht schneiden sie hingegen bei den nächsten Bildungskomponenten, nämlich Verhalten, Werte und Einstellungen, ab. In Deutschland ist die Wohneigentumsquote sehr niedrig. Es gibt nur sehr wenige Anleger an den Kapitalmärkten, also Aktien- und Fondsbesitzer. Auch die Unternehmerquote ist niedrig.

Insgesamt ist beim Verhalten in Deutschland also noch viel Luft nach oben. Diesbezüglich sehe ich in diesem Kinderstartgeld eine große Chance – zusammen mit einem Bildungsprogramm. Den Finanz-PISA-Test und die Teilnahme aller Bundesländer daran könnte man als Steigbügel nutzen, um zu zeigen, dass das wichtig ist und alle betrifft. Das heißt ja nicht, dass Geld uns regiert oder allen sehr wichtig ist. Man sollte aber grob wissen, was man im Alter braucht, was man aus der gesetzlichen Rente zu erwarten hat und welche zusätzlichen Instrumente relativ niedrigschwellig zur Verfügung stehen. Dazu bietet das Kinderstartgeld eine Chance.

Heike Hunecke (unternehmer nrw): Ich muss vorwegnehmen, dass ich den Vorschlag nicht im Detail kenne. Deswegen kann ich nicht pauschal etwas dazu sagen.

Allerdings kann ich berichten, dass unsere Tochter in dieser Woche 18 Jahre alt wird und wie ihr mit ihrer Geburt ein Konto angelegt haben. Dieses wird nun auf sie übertragen. Im Gespräch mit ihr ist aber aufgefallen, dass sie bisher nur gelernt hat, maximal mit ihrem Taschengeld zu hantieren. Ehrlicher Weise haben wir als Eltern die meisten Wünsche finanzieller Art unserer Tochter ohnehin erfüllt. – Das ist ein Beispiel.

Mit Blick auf die gesamte Bevölkerung in Deutschland würde ich sagen, dass Kinder im Regelfall die allermeisten Dinge über die Eltern finanziert bekommen. Wenn es sehr gut läuft, haben sie gelernt, mit Taschengeld umzugehen und auch einmal stellvertretend für die Familie einzukaufen und den Kassenzettel mitzubringen.

Mit Geld zu Haushalten lernen aber die wenigsten Kinder zwischen dem 6. und 18. Lebensjahr. Ich habe in der Schule noch gelernt, mit Papiergeld zu arbeiten. Das entfällt, weil die meisten Geldgeschäfte auch privater Natur mittlerweile über EC-Karte gehandhabt werden, sodass Kinder gar kein Geld mehr zu sehen bekommen.

Insofern finde ich das Ansinnen, Kinder und Eltern da zu unterstützen, grundsätzlich gut, denke aber, dass es wichtig ist, Kindern nicht einfach Startkapital zu geben und von den Eltern zu fordern, die Fonds zu begleiten. Ich befürchte, dass ganz viele Eltern damit schlichtweg überfordert wären. Daher bin ich der Meinung, dass man die Familie, den Haushalt in den Blick nehmen müsste und ein Begleitprogramm bräuchte. Das ist absolut notwendig. Ansonsten stellt es nur eine Überforderung und nicht wirklich eine Hilfe zum Lernen dar.

Lernen, mit Geld umzugehen, ist lebenslanges Lernen. Es fängt damit an, dass Kinder lernen müssen, mit kleinen Geldbeträgen einzukaufen, und zu sehen, was sie von ihrem Taschengeld kaufen können, wie viel sie sparen, warum sie überhaupt sparen sollen, wo das Geld hingehet und wo das Geld überhaupt ist, wenn sie doch nur die EC- oder Kreditkarte sehen.

Zu dem Startkapital kann ich nicht differenziert Stellung nehmen, mahne aber zur Vorsicht in dem Sinne, dass ich es für schwierig halte, wenn damit keine gute Begleitung der gesamten Familie, also der Eltern und der Kinder, erfolgen würde.

Timm Helten-Hildwein (unternehmer nrw): Ich weiß nicht, wie dieses Kinderstartgeld praktisch umgesetzt werden soll, finde die Idee aber sehr spannend. Wie schon gesagt wurde, müssen die Erwachsenen, die Eltern eingebunden werden. Vielleicht könnte man sich im Rahmen der Finanzbildungsstrategie des Bundes damit befassen. Im Rahmen dieser geht es ja auch um Erwachsenenbildung, nicht nur um Kinder und Jugendliche. Mit finanzieller Bildung an Volkshochschulen, mit Schuldnerberatung und mithilfe der Verbraucherzentralen könnten die finanzielle Bildung gestärkt und die Kompetenzen der Eltern erweitert werden. Es hört sich also erst einmal spannend an, mir stellt sich aber die Frage, wie das in der Praxis umgesetzt werden soll.

Prof. Dr. Tim Engartner (Universität zu Köln): Als ich die Meldung gestern zur Kenntnis genommen habe, war ich – das passiert einem Rheinländer relativ selten – erst einmal sprachlos und einigermaßen fassungslos.

Ich habe den Entwurf einer E-Mail an Achim Truger verfasst, der ja Mitglied des Sachverständigenrats ist. Ich halte diesen Vorschlag für absolut verfehlt.

Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Wir zahlen 986 Euro im Monat für die Kita in Köln. Es gibt zu wenig Schul- und Kitaplätze. Es gibt keinen Offenen Ganztags, der funktioniert. Das ist kein NRW-spezifisches, sondern ein bundesweites, vor allem in den westdeutschen

Bundesländern bestehendes Problem. Es könnten viele Dinge getan werden, um Kindern und Jugendlichen eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Ob zehn Euro im Monat dazu angetan sind, Finanzkompetenz aufzubauen? Es ist eine Art Fortsetzung des Planspiels Börse. Das erfolgreichste Planspiel, das keins ist! Es wurde vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband sehr in die Breite getragen. Das jetzt ist quasi das Realexperiment, das dann folgt.

Man hat schon mit Börsennachrichten vor der Tagesschau versucht, den prozentualen Anteil an Kapitalanlegerinnen und Kapitalanlegern in Deutschland zu erhöhen. Er liegt bei 10 %. Nun will man also die Zahl der Aktionärinnen und Aktionäre noch weiter in die Höhe treiben. Das halte ich für eine kardinale Fehlentwicklung. Als jemand, der beim reichsten Armutsforscher in der Bundesrepublik, Christoph Butterwege, promoviert hat, kenne ich mich mit Armut ein bisschen aus.

Ich hätte meine Position dazu gerne noch in die aktualisierte Fassung der Stellungnahme aufgenommen. Ich denke wirklich nicht, dass das trägt, und wir haben andere, dringlichere Probleme, nämlich, wie wir Menschen, vor allem junge, aus prekären Lebenssituationen retten können. Ich lade Sie gerne ein, zusammen mit meiner Frau die Brennpunktschule im Norden Kölns am Görlinger Zentrum zu besuchen. Da sehen Sie, was die handfesten Probleme von Kindern und Jugendlichen sind. Der Unterrichtsausfall ist dramatisch. In Köln stellen auch marode Schulgebäude ein Problem dar. In der Landeshauptstadt ist das deutlich besser. Wir schauen daher mit etwas Neid auf die Landeshauptstadt.

Es gibt also viele Probleme, die mit Geld angegangen werden müssen. Ich denke nicht, dass wir mit einem Kinderstartgeld in Höhe von zehn Euro im Monat weit kommen. Viele Familien fragen sich, warum am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig ist. Viele alleinerziehende Mütter wissen nicht, wie sie am 20. des Monats noch ein warmes Mittagessen auf den Tisch bringen sollen. Das sind die realen Probleme, die im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nachzulesen sind. Daher meine ich, dass das Geld an anderer Stelle besser aufgehoben wäre. Da man Geld bis zum heutigen Tag nur einmal ausgeben kann, würde ich sagen, dass dieser Vorschlag in der besten aller Welten einer ist, dem man folgen kann. In der realen Welt, in der wir uns bewegen, halte ich den Vorschlag für nicht zielführend.

Vorsitzender Florian Braun: Ich bedanke mich bei den Damen und Herren Sachverständigen sehr herzlich für die Zeit heute und für die Stellungnahmen im Vorfeld.

Die Bewertung Ihrer Expertise und die Auswertung der Anhörung werden wir in einer der folgenden Ausschusssitzungen vornehmen.

Zur letzten Aussage darf ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sagen, dass Sie selbstverständlich davon ausgehen dürfen, dass wir sehr tatkräftig an den Schulen vor Ort und anderen Orten unterwegs sind, um uns ein Bild zu machen. Ob wir immer zu den gleichen Ergebnissen kommen? Ich darf Ihnen verraten: Das ist nicht immer der Fall. – Aber wir sitzen hier ja zusammen, um uns darüber auszutauschen und gegebenenfalls auch zu streiten. Das werden wir in einer der folgenden Sitzungen zum heutigen Thema auch tun.

Vielen Dank, dass Sie sich hier eingebracht haben. Kommen Sie gut nach Hause!

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

12.11.2024/14.11.2024

Stand: 07.10.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung**Zukunftsweisend, lebensnah und innovativ: Erlernen von Wirtschafts- und Finanzkompetenz
in der Schule neu ausrichten**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/9471

am Dienstag, dem 8. Oktober 2024
14.00 bis (max.) 16.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Tim Engartner Professur für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung II Universität zu Köln Köln	Prof. Dr. Tim Engartner	---
Elias Bala Mitglied des Landesvorstandes der Landesschüler:innenvertretung NRW	Elisas Bala	18/1832
Professorin Dr. Bettina Zurstrassen Universität Bielefeld , Fakultät für Soziologie, Abteilung IX Fachdidaktik der Sozialwissenschaften Bielefeld	Prof. Dr. Bettina Zurstrassen <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/1805
Unternehmer NRW Claudia Dunschen Referentin für Bildung Düsseldorf	Heike Hunecke Timm Helten-Hildwein	18/1850
Flossbach von Storch Stiftung Verena von Hugo Vorständin Köln	Verena von Hugo	18/1847
Universität Siegen Professor Dr. Nils Goldschmidt Siegen	Prof. Dr. Nils Goldschmidt	---

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Sabine Mistler Landesvorsitzende Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Sabine Mistler	18/1837

weitere Stellungnahme:

Verbraucherzentrale NRW

Stellungnahme 18/1831